

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

100 000 Ausbildungsstellen fehlen noch



„Die Geduld der Jugendlichen ist die Macht der Herrschenden“

IG-Metall-Bevollmächtiger Bernd Kruppa schildert die Situation in Leipzig Seite 3/4



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Hanburger Wahlen: SPD für Law and Order	3
100 000 Ausbildungsstellen fehlen noch	4
PDS: Regierung erhöht die Arbeitslosigkeit	5
Antikriegstag: für die Rehabilitierung aller Opfer	5
Musa-Anter-Friedenszug	6

Auslandsberichterstattung

Italien: „Gegen Sezession und Rassismus“	8
Venezuela: Linke reagiert auf veränderte Bedingungen	8
Guatemala: Weitere Mitte-Links-Partei	9
Mexiko: Die EZLN demonstriert in der Hauptstadt	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Essen: „Böse Onkelz“ in der Kontroverse	13
Köln: Demonstration gegen Verschlechterung der Altenpflege ..	14
München: Proteste gegen „Gäste-Erlaß“	15
Frankfurt: Dresdner Bank muß endlich zahlen	15
Berlin: „Tag ohne Heimat“	15
O-Ton	16
Saalfeld: Gegen rechte Gewalt ..	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Mannesmann Sachs: Gegen Verkauf	19
Interview: „Wir stehen wieder auf“ – der Streik bei UPS	20

Diskussion und Dokumentation

Zur Auseinandersetzung um das Hamburger PDS-Wahlplakat	22
Kritik aus Polen an der Nato-Osterweiterung	23

Letzte Seiten

Studien zur Sozialhygiene und Public Health über Bevölkerungskontrolle	26
--	----

Termine	28
---------------	----

IN BONN SPARER BESTEH-

LEN: 900 Millionen DM will die Bundesregierung jedes Jahr bei der Bundesanstalt für Arbeit dadurch „sparen“, daß sie die Zahlung von Arbeitslosenhilfe verweigert, weil Arbeitslose noch über Sparguthaben verfügen. Erst sollen die Arbeitslosen ihre Sparguthaben verbrauchen, dann erhalten sie Arbeitslosenhilfe. Schon bisher hatten die Arbeitsämter die Zahlung von Arbeitslosenhilfe verweigern können, wenn sie Sparguthaben nachweisen konnten. Diese Verdachtsprüfung soll nun automatisiert werden, die Bundesanstalt für Arbeit beim Bundesamt für Finanzen einen „automatisierten Datenabgleich“ durchführen. Das teilte die Bundesregierung auf eine PDS-Anfrage mit (Ds. 13/8397 und 13/843).

,ORIGINÄRE ARBEITSLOSENHILFE“ STEIGT:

Die Zahl der Anträge auf „originäre Arbeitslosenhilfe“ steigt deutlich. Das hat die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS mitgeteilt (Ds. 13/8399 und 13/8439). Im April 1995 habe es 7.321 Anträge auf diese Form der Arbeitslosenhilfe gegeben, im Juli 1997 bereits 13.817. „Originäre Arbeitslosenhilfe“ wird gewährt, wenn eine Person fünf Monate beitragspflichtig beschäftigt war oder eine gleichgestellte Anstellung hatte. Der Anstieg der Anträge ist ein Hinweis, daß die Zahl kurz befristeter Jobs – z.B. Saisonarbeit mit nachfolgender Arbeitslosigkeit – rasch ansteigt. Eine andere Ursachen könnte, so die Bundesregierung, die vermehrte Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Berufsausbildung sein. „Originäre Arbeitslosenhilfe“ wird 12 Monate gewährt, dann fällt die betreffende Person in die Sozialhilfe. Wieviel Personen das waren, weiß die Regierung nicht. Das werde „statistisch nicht erfaßt“.

RASSISTISCHE TATEN: Die PDS-Abgeordnete Jelpke hat der Bundesregierung vorgeworfen, sie schüre weiter rassistische Stimmung: „Gegenüber dem Vorjahr sind die vom BKA registrierten fremden-/ausländerfeindlichen Straftaten von 880 auf 985 (+105) angestiegen; für die antisemitischen Straftaten verzeichnet das BKA für denselben Zeitraum einen Anstieg von 380 auf 414 (+34). Dies ist eine erschreckende Bilanz im „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ ... Durch die Einführung des Kindervisums, die rigider Vergabe von Arbeitserlaubnissen sowie die erleichterte Ausweisung von (mutmaßlich) straffällig gewordenen Ausländerinnen und Ausländern hat die Bundesregierung erneut die ohnehin prekäre Rechtsstellung von im Bundesgebiet lebenden Migrantinnen und Migranten verschlechtert.“

GEGEN REVANCHISMUS: Die grüne Abgeordnete Annelie Buntenbach hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem vom revanchistischen „Bund der

Vertriebenen“ begangenen „Tag der Heimat“ erneut aufgefordert, sich vom BdV zu distanzieren: „Nach dem Eklat des letzten Jahres, als Bundespräsident Herzog während seiner Rede beim ‚Tag der Heimat‘ als ‚Vaterlandsverräter‘ beschimpft wurde, hat der BdV nun die Konsequenz gezogen, in diesem Jahr keine Spitzenpolitiker mehr einzuladen. Mit seinen neuen Forderungen hat sich der Vertriebenenverband endgültig ins rechte Abseits manövriert. Der BdV vertritt in dem diesjährigen Aufruf zum ‚Tag der Heimat‘ und den Forderungen seiner Unterschriftenaktion eine traditionelle Volkstumspolitik. Die Forderung nach Volksgruppen- und Minderheitenrechten für rückkehrende Vertriebene richtet sich gegen den Geist der Grenz- und Nachbarschaftsverträge. Das was der Verband unter dem ‚Recht auf Heimat‘ versteht, geht noch darüber hinaus und läuft auf eine Loslösung der ehemals deutschen Ostgebiete aus ihrer jetzigen Staatlichkeit hinaus. Derlei Ambitionen sind nicht mehr dialogfähig ... Die Bundesregierung, die die Vertriebenenverbände mit weit über 50 Mio. DM jährlich subventioniert, ist aufgefordert, sich deutlich von der Politik des BdV zu distanzieren. In den Haushaltsverhandlungen müssen Konsequenzen gezogen und die Mittel für den Verband gestrichen werden.“

GEGEN „AGENDA 2000“: Auf Protest stoßen die Vorstellungen der EU-Kommission für die künftige Agrarpolitik in ihrer sog. „Agenda 2000“. Diese will im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung u.a. die Stützpreise für Rindfleisch um 30%, für Getreide um 20% sowie für Butter und Magermilchpulver um 10% senken. Die Folge wären Einkommenssenkungen der Bauern um etwa 15%. Landwirtschaftsminister Borchert lehnt diese Pläne aber nicht grundsätzlich ab. Die Vorstellungen der Kommission würden den Haushalt der EU mit 10% mehr (rd. 8 Mrd. DM) belasten, kritisiert er. Borchert will mehr Gewicht auf „Effizienzsteigerung“ legen. Auf deutsch: Er will kleine Agrarbetriebe noch schneller vom Markt werfen, dann sinken die Preise (der verbleibenden Großbetriebe mit Lohnarbeit) ohnehin, ist seine Devise.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 21. September sind in Hamburg Bürgerschaftswahlen. Danach tagt wieder der Bundestag. Am Donnerstag, den 25.9., geht es u.a. um die Reform des Kinderschutzrechts (Gleichstellung nichtehelicher Kinder) und den Bericht des Petitionsausschusses. Bei letzterem wird u.a. über Anträge beraten, keine Kasernen mehr nach Wehrmachtoffizieren zu benennen, nach Informationsrechten für alle Bürger, auf Rehabilitierung politisch Verfolgter (KPD-Verbot). Am Freitag, den 26.9., steht u.a. die Bekämpfung illegaler Beschäftigung, die Verkleinerung des Bundestages und „Psychosekten“ auf der Tagesordnung.

SPD für „Law and Order“

Der Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 21. September läßt für Bundestagswahlkampf und Bundestagswahlen Schlimmstes befürchten. Er enthüllt sich als Versuch der SPD, aus der Position der Regierungspartei heraus die programmatischen Grundlagen für eine große Koalition in Bonn unter ihrer Führung zu legen. Erst in Hamburg, dann in Niedersachsen soll die sich abzeichnende neue Programmatik ihre Anziehungskraft erweisen.

„Law and order is a labour issue“, verkündete das erste Wahlplakat der SPD. Tatsächlich hat die Hamburger SPD dem gesamten Wahlkampf das Thema „Law and order“ aufgeprägt, der Wahlkampf kaum noch ein anderes. Im Fahrwasser der Mobilisierung für einen „starken Staat“, von der SPD ausgehend, von der sichtlich irritierten CDU sofort aufgegriffen, können sich mehrere faschistische und rechtsextreme Parteien und Gruppen tummeln. Deren Wählerpotential wird nach jüngsten Umfragen auf inzwischen 10% (1993 erhielten sie zusammen 8%) geschätzt, wobei der DVU mit 4% und den REPs mit zwischen 2,8 und 4% Chancen zum Einzug in die Bürgerschaft errechnet werden.

Die neuen, außerordentlich reaktionären ordnungspolitischen Vorstellungen, für die die SPD im Wahlkampf mobilisiert und die ihr Spitzenkandidat, Bürgermeister Voscherau in engem



Hamburg, 13.9: 3 000 bis 4 000 demonstrierten gegen angekündigte NPD-Aufmarsch

Schulterschluß mit Niedersachsens Schröder repräsentiert, schlagen sich nicht erst in den heißen Wahlkampfwochen, sondern bereits seit rund einem Jahr in Beschlüssen der SPD und vor allem auch in Maßnahmen und Bundesratsinitiativen des SPD-geführten Senats nieder.

Im August 1996 beschloß die SPD, frühere Positionen beiseite räumend, den Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger. Im Herbst 1996 legte der Senat die erste Fassung eines bundesweit Schlagzeilen machenden „Anti-Bettler-Papiers“ vor, mit dem er vorschlägt, die Hamburger Innenstadt durch den Einsatz der Staatsgewalt von den verschiedenen Erscheinungsformen sozialer Verelendung zu säubern. Im Januar 1997 kündigte Voscherau eine bundesweite Initiative zur Privatisierung von Gefängnissen an, die zwar bisher unterblieb, jedoch die inzwischen oft bekräftigte Zielkonzeption ent-

hielt, die Gewaltmaschinerie Gefängniswesen auszubauen. Speziell Voscherau verantwortet eine üble Demagogie für die Verschärfung von Gesetzen, indem er etwa „Schönwettergesetze“ geißelt, die „zu gutwillig, zu lau, zu langsam“ seien. Damit trat er eine immer stärker nach rechts driftende Diskussion los, die inzwischen einen recht breiten Konsens für die Wiedereinführung von geschlossenen Heimen für straffällig gewordene Jugendliche erbrachte und in der auch der Ruf nach der Todesstrafe aufkam, vorgetragen von einem Amtsrichter. Ein erstes hartes Ergebnis dieser Diskussion ist der jüngste Beschuß des Justizsenators zur Einführung von Schnellgerichten (s. PB 18), ein zweites eine Hamburger Bundesratsinitiative, die u.a. verschiedene Gesetzesverschärfungen einfordert.

Besonderen Widerstand muß die Verknüpfung dieser den starken Staat propagierenden Durchgreif- und Aufräum-Demagogie mit einem ethnischen Nationalismus schlimmster Art herausfordern. Ein Beispiel: „Hamburger Haftanstalten sind voller ausländischer Straftäter“, ließ Voscherau im Mai im Hamburger Abendblatt verlauten. „Es ist nicht mein Ehrgeiz, den Strafvollstreckungsanspruch des deutschen Staates zu Lasten der deutschen Steuerzahler an jedem ausländischen Straftäter in Deutschland abzuarbeiten. Den Leuten geht es teilweise zu Hause viel schlechter, also sollen sie doch abgeschoben werden, statt in Fuhlsbüttel oder am Holstenglacis (Untersuchungsgefängnis! - d.Verf.) die Knäste zu verstopfen.“ Gefährlich ist nicht nur die Mobilisierung des verlogenen Feindbildes „krimineller Ausländer“. Gefährlich ist vor allem, daß und wie Voscherau hier an der Formierung einer Volksgemeinschaft arbeitet, am Schulterschluß zwischen „deutschem Staat“ und „deutschen Steuerzahldern“. (Nur nebenbei: Die Gefängnisse werden zwangsläufig wesentlich aus den Steuern der Millionen nichtdeutscher Lohnabhängiger mitfinanziert.) Der Demagogie folgte die Tat: Mit der bereits erwähnten Bundesratsinitiative will der Senat vor allem

100 000 Ausbildungsstellen fehlen noch

Die Geduld der Jugendlichen ist die Macht der Herrschenden

Am 9. September meldeten die Nachrichtenagenturen, daß auf 152.000 Bewerber/innen, die noch eine Lehrstelle suchen, bei den Arbeitsmärkten gerade noch 58.000 Lehrstellen gemeldet sind. Selbst Bildungsminister Rüttgers spricht inzwischen von einer „alarmierenden Lage“. Besonders dramatisch soll die Lage im Osten sein. Anfang Oktober wollen die Gewerkschaften bundesweit erneut gegen die Lehrstellennot protestieren und ihre Forderung nach einer Ausbildungsabgabe für nichtausbildende Betriebe unterstreichen. Im auf Seite 4 folgenden Artikel, den wir der Zeitung „Leipzigs Neue“ entnahmen, schildert IG-Metall-Bevollmächtiger Bernd Kruppa die Situation in Leipzig. (Red.) Seite 4



Die Geduld der Jugendlichen...

Von Bernd Krupp

Für mehr als 2.300 Jugendliche standen Anfang August rein rechnerisch in Leipzig keine Ausbildungsplätze zur Verfügung. Von freier Berufswahl ist sowieso schon nicht mehr die Rede; denn dafür würde ein deutlicher Angebotsüberschuss notwendig sein.

Die Opfer dieses gesellschaftlichen Skandals werden von den Verantwortlichen zunehmend zu Tätern erklärt.

Die zusätzlichen Ausbildungsplätze, die die Regierung, die Kammern und die Unternehmensverbände zugesagt haben, sind nicht zustande gekommen. Die Forderung, die sie zur Verschlankung des Berufsschulunterrichtes und zur besseren betrieblichen „Verwertbarkeit“ der Auszubildenden zur Vorbedingung gemacht haben, sind weitgehend erfüllt. So soll die Lehrzeit verkürzt werden; weitere schulische Maßnahmen mit „Ausbildungscharakter“ sollen eingeführt, Berufsschultage gestrichen bzw. die Rückkehr aus der Berufsschule zur Pflicht werden.

Haltlose Argumente

Zwei Argumente müssen als Begründung für geringere Qualifikation herhalten: 1. Verkürzung der Ausbildung schafft mehr Ausbildungsplätze, und 2. schwächeren Jugendlichen kann damit der Berufseinstieg erleichtert werden. Warum Betriebe ihre Ausbildung reduzieren, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelt. Bei den sieben genannten Hauptgründen fehlt das Merkmal „Die Ausbildungszeit ist zu lang“. Es ist nicht zu erwarten, daß Discount-Ausbildungsgänge zu deutlich mehr Ausbildungsplätzen führen. Vielmehr wird es zu einer neuen Mischung von unterschiedlichen Ausbildungsniveaus bei den Ausbildungsbetrieben kommen.

Wir meinen, nur eine qualifizierte Erstausbildung garantiert qualifizierten Facharbeiternachwuchs, und dieser wird am Standort Deutschland nicht erst übermorgen gebraucht. Wer ständig die Ausbildungsinhalte in Frage stellt, lebt

nach dem Motto „Auch ein Eigentor ist ein Treffer“, will das bewährte deutsche duale Bildungssystem komplett liquidieren und gefährdet damit einen Standortvorteil Deutschlands – den hohen Anteil von FacharbeiterInnen.

Rechtsbruch bei den Schwächsten

Doch damit nicht genug: Inzwischen fordern einige Kammern in Sachsen Ausbildungsbetriebe, die nicht tarifgebunden sind, aber nach Tarifvertrag Ausbildung vergüten, dazu auf, unter Tarif zu bezahlen. Wir erinnern daran, wie das Bundesarbeitsgericht 1991 für Betriebe, die nicht tarifgebunden sind, entschieden hat: Vertraglich vereinbarte Ausbildungsvergütungen sind dann nicht mehr angemessen im Sinne von § 10 Satz 1 des Berufsbildungsgesetzes, wenn sie die in einem für den Ausbildungsbetrieb einschlägigen Tarifvertrag enthaltenen Vergütungen um mehr als 20 Prozent unterschreiten.

Der Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME) schließt inzwischen mit der „Spaltertruppe“ Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) Verträge ab, die die Kürzung der Ausbildungsvergütung unter Tarif beinhalten.

Mal abgesehen davon, daß die CGM so gut wie über keine Mitglieder in den Betrieben verfügt und bundesweit einschlägige Urteile auf die fehlende Tariffähigkeit der sogenannten „Christlichen Gewerkschaften“ verweisen, will der VSME Tarifvertragsbruch, also Rechtsbruch, bei den Schwächsten ausprobieren und damit gesellschaftsfähig machen. Im übrigen ergab eine Analyse der IG Metall Leipzig bereits 1994, daß lediglich 25 Prozent von 68 befragten Betrieben angeben, rein aus Kostengründen nicht auszubilden.

Forderung auf den Kopf gestellt

Unsere Forderung nach Schaffung von regionalen Ausbildungsverbünden, damals als nicht machbar verworfen, wird heute im Sinne der VSME-Initiative als Innovation gefeiert, im Prinzip aber, da staatlich alimentiert und mit massiven Kürzungen von Ausbildungsvergütungen verbunden, auf den Kopf gestellt. Denn bei gerade mal 50 zusätzlich geschaffenen Lehrstellen darf man doch angesichts tausender Lehrstellensuchender an den Motiven und Zielen zweifeln. Um es ganz deutlich zu sagen, auch wenn uns abermals eine ideologische Grundhaltung unterstellt wird: Von unseren Ju-

gendvertretern und Betriebsräten erwarten wir, daß sie den Anfängen wehren und ihre Mitbestimmungsrechte wahrnehmen, denn der nächste Schritt könnte schon die Aufnahme ähnlicher Formulierungen in jede Stellenausschreibung sein. Die Not, nämlich die Arbeitslosigkeit, ist ja groß genug.

Ein weiterer strittiger Punkt ist die 100prozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Auszubildende. Nach unseren Informationen soll es eine gezielte Strategie der Kammern geben, nicht tarifgebundene Betriebe aufzufordern, die Lohnfortzahlung auf 80 Prozent im Ausbildungsvertrag zu begrenzen. Im Ausbildungsvertragsmuster des Hauptausschusses des Bundesinstitutes für Berufsbildung steht im § 5 „Vergütung und sonstige Leistungen“, daß dem Auszubildenden die Vergütung für die Dauer von 6 Wochen auch gezahlt wird, wenn der Auszubildende infolge unverschuldet Krankschafft nicht an der Berufsausbildung teilnehmen kann. Diese Besserstellung gegenüber der gesetzlichen Regelung soll nun durch das oben beschriebene Verfahren ausgehebelt werden.

Darüber hinaus stellen wir zunehmend fest, daß Abmahnungen als alltägliches Disziplinierungsmittel bis hin zur rechtswidrigen Kündigung von Auszubildenden keine Ausnahmevereinigungen mehr darstellen.

„Zoff-Strategien“ vermeidbar?

Die Diskussion um Berufs- und Zukunftsperspektiven benötigt allerdings einen viel breiteren Raum. Von der Beteiligung der Jugendlichen an der Rentendiskussion über die Sicherung des Existenzminimums und der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum und eigenständigen soziokulturellen Strukturen bis zum Recht auf Arbeit und Ausbildung, das in den so neoliberalen Zeiten anscheinend nur noch müde belächelt wird, reicht die Palette. Leider beherrschen noch die Schattenseiten dieser Gesellschaft – zunehmende Gewaltbereitschaft, Intoleranz, steigender Drogenkonsum und Kriminalität unter Jugendlichen – die Schlagzeilen. Derweil wird inzwischen bei Diskussionen von gewerkschaftlichen Jugendlichen mehr und mehr die Frage aufgeworfen, ob „Zoff-Strategien“ angesichts fehlender Perspektiven überhaupt noch vermeidbar sind. Eins steht jedenfalls fest: Die Geduld der Jugendlichen hat ein Ende!

aus: Leipzigs Neue Nr. 18/9

→ die Erleichterung von Massenabschiebungen von Menschen ohne deutschen Pass erreichen. Es ist zu befürchten, daß es dabei nicht bleibt: Die Behauptung von der Belastung des „deutschen Steuerzahlers“ durch „Ausländer“, die Vorschau kaum verhüllt verbreitet, drängt zu weiteren Maßnahmen des „deutschen Staats“, für die sich die SPD anbietet.

Die Opposition hat die Auseinander-

setzung mit den Inhalten der reaktionären Mobilisierung kaum aufgenommen. Aus der SPD regt sich öffentlich kein nennenswerter Widerspruch. Der grüne Landesverband GAL reagiert weitgehend hilflos, steuert nur vereinzelt dagegen. Ein Ansatzpunkt könnte die machtvolle Demonstration am 13.9. gegen den angekündigten Aufmarsch der NPD werden.

scc

Die Regierung erhöht die Arbeitslosigkeit, statt sie zu bekämpfen

Mit der katastrophalen Arbeitsmarktpolitik der Regierung setzte sich am 11.9. im Rahmen der Haushaltsdebatte des Bundestages die PDS-Abgeordnete Knaake-Werner auseinander. Hier Auszüge aus ihrer Rede.

Herr Minister Blüm, ich kann gut verstehen, daß Sie in Ihrer Situation nichts zur Arbeitslosigkeit gesagt haben. Aber ich muß ehrlich sagen: Politisch ist das für einen Arbeitsminister in diesem Land wirklich ein Skandal. (...)

Keines Ihrer Versprechen zum Abbau der Arbeitslosigkeit konnten Sie bisher einlösen. Wirtschaftsminister Rexrodt hat es in der vorherigen Debatte noch einmal bestätigt: Das 50-Punkte-Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung ist komplett umgesetzt worden. Er kennt gleichzeitig: Leider noch ohne Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Wenn das nur stimmte! Das Programm hat aber Wirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt, nämlich eine halbe Million Arbeitslose mehr. Das haben Sie verursacht. Das versuchen Sie nun auch noch als Erfolg umzudeuten. Das nehmen Ihnen die Leute aber nicht mehr ab. Die haben doch längst begriffen, daß Ihre Sozialraubgesetze durch die Bank beschäftigungspolitisch Fehlanzeige sind und mit dazu geführt haben, bei den Arbeitslosenzahlen neue Negativrekorde aufzustellen. (...)

Tag für Tag werden die Pleiten ihrer Politik sichtbar. Die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die Einschränkung der Lohnfortzahlung haben keinen neuen Arbeitsplatz gebracht. Die Kürzungen bei Rehabilitation und Prävention haben dazu geführt, daß in diesem Bereich 24 Prozent weniger Menschen eine Arbeit finden. Auf der Strecke bleiben vor allem die Frauen.

Die Veränderung der Ladenöffnungszeiten hat nur eines bewirkt: eine massive Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Mini-Jobs. Jeder zweite Teilzeitarbeitsplatz im Handel ist inzwischen sozialversicherungsfrei. Das ist aus Ihrer vielgelobten Teilzeitarbeitsoffensive geworden.

Und das gelobte AFRG? Die volle Orientierung auf die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt hat nahezu fatale Folgen, insbesondere in den neuen Ländern. Tausende von Arbeitsplätzen in Sanierungs- und Beschäftigungsgesellschaften in Ostdeutschland gehen über den Deister. Auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt es dafür überhaupt kein Äquivalent, das wissen Sie auch ganz genau.

Nicht einmal die Rechnung mit Ihrem beschäftigungspolitischen Lieblingskind – Dienstleistung im Haushalt – ist

aufgegangen. Es ist ja vorhin von Herrn Fuchtel schon gesagt worden: Ganze 34.000 Arbeitsplätze – statt der von Ihnen angestrebten halben Million – entstanden in diesem Bereich. Das ist wirklich eine Pleite für sich.

Heute, nach 15 Jahren Kohl-Regierung, fehlen Erwerbsarbeitsplätze für sieben bis acht Millionen Menschen. Das sind Menschen, denen es verwehrt ist, am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzuhaben. Menschen, die sich nutzlos und überflüssig vorkommen, die öfter krank sind als Menschen in Lohn und Brot, Menschen, denen Sie mit Ihrer fatalen Politik die Zukunft verbauen. (...)

Am Dienstag, bei der Verkündung der Arbeitslosenzahlen für August, hat auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, festgestellt, daß der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr im Zusammenhang mit der Kürzung der Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik zu sehen ist.

Das ist das unrühmliche Ergebnis ihrer fatalen Weichenstellung, und genau die wird im Einzelplan 11 fortgesetzt. Daß der Nachtragshaushalt noch immer auf sich warten läßt und die Arbeitsämter vor Ort noch immer nicht wissen, welche Gelder ihnen für das nächste Vierteljahr zur Verfügung stehen, ist schlicht verantwortungslos.

Im August waren – das ist hier gerade schon gesagt worden – 300.000 Menschen weniger in Beschäftigungsförderungsmaßnahmen als voriges Jahr. Der größte Brocken ging zu Lasten der Menschen in Ostdeutschland: Dort waren 220.000 Menschen weniger in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Wieder einmal sind es vor allen Dingen die Frauen, auf deren Kosten diese Entwicklung geht. Das will ich Ihnen hier einmal ganz genau vorrechnen: Nach Veröffentlichungen des IAB (...) waren im Mai 1997 in Ostdeutschland 72.000 Frauen weniger in beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Im gleichen Zeitraum ging die Anzahl der Fördermaßnahmen für Frauen um 63.000 zurück.

Um ein kurzes – und schlechtes – Fazit zu ziehen: 90 Prozent der Anzahl derjenigen Frauen in Ostdeutschland, die zusätzlich arbeitslos geworden sind, gehen auf die Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik zurück. Das muß man sich wirklich einmal durch den Kopf gehen lassen. Für viele Menschen klingt es inzwischen mehr als Bedrohung denn als Versprechen, wenn Sie verkünden, die Arbeitsförderung konsequent fortsetzen zu wollen. (...)

(Quelle: Bundestagsprotokoll vom 11.9.1997)

1. September – Antikriegstag

Für die vorbehaltlose Rehabilitierung aller Opfer

Die Thüringer Initiative „DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur“ wandte sich anlässlich des Antikriegstages in einem Offenen Brief an Bundesjustizminister Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, die rechtspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen sowie an alle Thüringer Mitglieder des Deutschen Bundestags.

Die Initiative weist darauf hin, daß sich nicht alle Soldaten in blindem Gehorsam an dem Angriffs- und Vernichtungskrieg beteiligten, den Deutschland am 1. September 1939 begann. Zahlreiche Männer verweigerten den Kriegsdienst, desertierten oder versuchten, den Militärapparat zu behindern. Diese Soldaten gelten jedoch noch heute als vorbestraft.

Die Initiative fordert den Bundesjustizminister und insbesondere die Thüringer Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, sich für ein Bundesgesetz einzusetzen, das alle nationalsozialistischen Unrechtsurteile vorbehaltlos aufhebt.

Dieses Gesetz müsste deutlich über die Entschließung des Bundestages vom 15. März 1997 hinausgehen, die von der Wehrmachtsjustiz wegen Kriegsdienstverweigerung, der Desertion/Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung verhängten Urteile für Unrecht erklärt, es sei denn, bei Anlegung rechtsstaatlicher Maßstäbe wäre die der Verurteilung zugrunde liegende Handlung auch heute Unrecht.

Nach mehr als 50 Jahren der gesellschaftlichen Ächtung müßten Deserteure und Wehrkraftzersetzer nun rechtfertigen, warum sie im Zuge ihrer Verweigerung Rechtsgrundsätzen zuwider handelten, die – wie das Verbot der Desertion selbst – auch heute Gültigkeit haben. Statt die nationalsozialistischen Urteile generell für Unrecht zu erklären, wird nach gerechten Urteilen im Unrechtssystem gesucht.

Die Initiative gedachte am 1. September am DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur auf dem Erfurter Petersberg der vom dortigen Kriegsgericht zum Tode verurteilten Deserteure und Wehrkraftzersetzer und wies dabei erneut auf die überfällige vorbehaltlose Rehabilitierung hin.

(A. Lucifer, R. Wanitschka, J. Bürgin, in: UNZ, Linke Zeitung für Thüringen, Nr. 18/97)



Bilder von links nach rechts:
Verabschiedung des Buskonvois im Istanbuler Stadtteil Kadıköy. Daneben: Kundgebung von 5.000 in Birecik bei der Fahrt nach Diyarbakir eingekesselten Kurdinnen und Kurden. Rechte Seite: Noch einmal Birecik. Ganz rechts: Panzersperre bei Siverek.

Bundesregierung und türkisches Militär können den Friedenswillen nicht unterdrücken

„Es reicht, jetzt ist Zeit für den Frieden“

Am Sonntag, 31.8., können wir, ca. 200 Leute aus Europa, die Busse für die Friedensfahrt „Musa Anter“ besteigen. Gemeinsam mit 150 Vertretern türkischer und kurdischer Organisationen, darunter IHD, Gewerkschaften, alevitischer Kulturverein, die Parteien HADEP, EMEP, DBP, DISP, ÖDP, SIP geht es von Istanbul in Richtung des 2.000 km entfernten Diyarbakir. Das Ziel ist die Teilnahme am Friedensfest in Diyarbakir am 1. September, dem Antikriegstag, zu dem eine halbe Millionen Menschen erwartet wird.

Ursprünglich war eine andere Route geplant: Mit einem Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir. Viel war spekuliert worden, ob die türkischen Behörden den Friedenszug einreisen lassen. Wer glaubte, daß nur das türkische Regime Kundgebungen für Frieden und Menschenrechte verbieten und mit Gewalt unterdrücken würde, sah sich getäuscht. Innenminister Kanther hatte vier Tage vor Zugabfahrt den Bundesgrenzschutz angewiesen, ausländischen Teilnehmenden die Einreise durch die BRD zu verweigern. Kanther erklärte den Friedenszug kurzerhand zu einer PKK-Aktion. Die Deutsche Bahn AG kündigte darauf den Vertrag über den Sonderzug kurzfristig.

Alternativ wurden Flüge nach Istanbul organisiert. Schließlich beteiligen sich noch etwa 200 Aktivisten aus nahezu allen europäischen Ländern und ein Regierungsvertreter aus Südafrika an der Delegation, benannt nach dem 1993 ermordeten kurdischen Schriftsteller Musa Anter.

Die erste Etappe des Friedenszuges führt uns nach Kadıköy, einem Stadtteil Istanbuls. Zehntausende folgen dem Aufruf der HADEP u.a. Organisationen und nehmen an einer Kundgebung teil. Starke Polizeikräfte riegeln den Kundgebungsplatz ab. Sicherheitskräfte verhindern die Abfahrt unserer Busse solange, daß – als wir schließlich ankommen – die Kundgebung schon beendet ist. Es er-

wartet uns neben dem riesigen Polizeiaufgebot eine begeisterte Menschenmenge. Es wird geklatscht, die Finger zum Victory-Zeichen gespreizt und immer wieder in Türkisch und Kurdisch das Wort „Frieden“ gerufen – ein Bild, das wir in den folgenden Tagen immer wieder zu sehen bekommen.

Es ist Nachmittag, als wir auf der Route Ankara, Adana, Gaziantep, Urfa, Diyarbakir Richtung Kurdistan aufbrechen. Während der etwa 20stündigen

verhaftet. Die Friedenskundgebung in Ankara ist verboten und mit massivem Schlagstockeinsatz aufgelöst. Alle Straßen in die Städte entlang unserer Route sind von Polizei und Militärs gesperrt. Partei- und Gewerkschaftsbüros in Kurdistan sind von Sicherheitskräften umstellt, Partei- und Gewerkschaftsvorstände verhaftet. Menschen, die per Flugzeug nach Diyarbakir reisen, werden verhaftet oder abgeschoben. Darunter befinden sich bekannte türkische Schriftsteller, ehemalige Abgeordnete der DEP, 7 italienische und 3 britische Parlamentarier. Obwohl der Supergouverneur von Diyarbakir alle Versammlungen verboten hat, sind Hunderte, wenn nicht Tausende von Bussen aus den kurdischen Städten und Provinzen sowie aus den Ghettos in türkischen Städten unterwegs nach Diyarbakir. Über die kurdischen Gebiete ist der Belagerungszustand verhängt. An Straßensperren werden die Buskonvois gestoppt, auswärtige Fahrzeuge angehalten, Taxifahrer dürfen am 1.9. nicht mehr in der Region fahren.

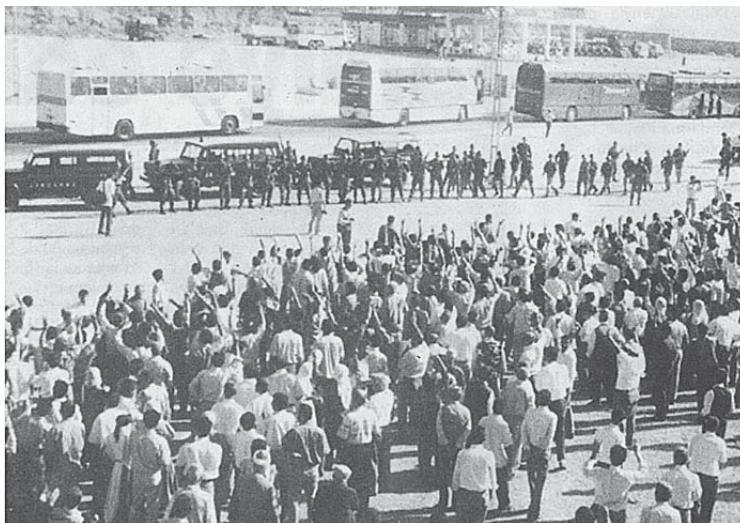
Montag morgen erreichen wir das „Ausnahmezustandsgebiet“. Nachrichten aus Diyarbakir: Der Kundgebungsplatz ist voll mit Militär, alle Zufahrtsstraßen sind abgeriegelt, in der Innenstadt stehen Panzer und Militärfahrzeuge. Dennoch kommt es immer wieder zu Demonstrationen und Kundgebungen in den Stadtteilen. Im Stadtteil Batikent beteiligen sich etwa 5.000 Menschen an einer Kundgebung. Sie werden von Polizei und Militär angegriffen, viele werden verletzt und verhaftet. Nach dem Angriff kommt es zu einer Ladenschließaktion im Stadtteil. 2.000 Menschen werden im Laufe des Tages in Diyarbakir verhaftet.

Jetzt haben wir es nicht mehr mit der Polizei, sondern mit Militär zu tun. Erstmal werden wir 50 km vor Gaziantep gestoppt. Uniformierte und Zivile reißen an einigen Bussen die Transparente mit der Aufschrift „Musa-Anter Friedensdelega-



Köln, 6. September: 70.000 nahmen am Friedensfestival im Stadion teil.

Busfahrt dringt per Handy nach und nach in die Busse durch, was draußen passiert: In Istanbul, Ankara und in kurdischen Städten wurden zahlreiche Menschen



tion“ ab und verbrennen sie. Zwischen Gaziantep und Urfa treffen wir bei Birecik auf einige tausend Menschen aus Adana, eingekesselt von Soldaten, deutschen BTR-60-Panzern, MAN- und Unimog-Transportern.

Die Friedensdelegation wird begeistert begrüßt, wir können aussteigen und durch die Absperrung hindurch; gemeinsam demonstrieren wir für Frieden. Auf den nächsten 200 km winken uns überall Menschen zu, Fahrzeuge hupen. Gleichzeitig werden wir immer häufiger von den Sicherheitskräften angehalten. Als Höhepunkt werden wir gezwungen, in die Kaserne einer Spezialeinheit hineinzufahren, wo man uns Stunden festhält.

In den Verhandlungen eröffnet uns der Gouverneur von Urfa, daß der Friedenskonvoi verboten ist und wir nicht in die Provinz Diyarbakir einreisen dürfen. Ministerpräsident Yilmaz erklärt im Fernsehen, daß kein „Friedensterrorist“ nach Diyarbakir käme. Zwei Tage zuvor hatte der türkische Außenminister noch verbreiten lassen, daß die Friedensdelegation sich frei bewegen könne.

Nach einer weiteren Stunde Fahrt werden wir am Ortseingang von Siverek, eine Autostunde vor Diyarbakir, endgültig gestoppt. Panzer blockieren die Straße, rechts und links halten Soldaten ihre Waffen im Anschlag. Hinten auf der Straße neue Sperren mit MAN-Transportern und Panzern. Wir steigen aus und setzen uns auf die Straße. Der Kommandant droht, auf uns schießen zu lassen, falls wir die Sperre überschreiten. Es fällt uns schwer zu akzeptieren, daß wir kurz vor dem Ziel umkehren müssen. Haben wir doch mittlerweile erfahren, daß hunderttausend Menschen es geschafft haben, nach Diyarbakir zu kommen. Gegen 19 Uhr treten wir die Rückfahrt an.

Dabei wollen uns die Sicherheitskräfte zwingen, Non-Stop nach Istanbul zurückzufahren. Alle Straßenkreuzungen und Abzweigungen sind mit Panzern abgeriegelt. Ein riesiges Aufgebot von Polizei-, Zivil- und Militärfahrzeugen „begleitet“ uns. Aber der Druck auf die Blase, Durst und Hunger läßt uns das nicht akzeptieren. Beim ersten Versuch

anzuhalten, schlagen Zivilpolizisten mit Gewehrkolben in die Busse, sobald sich die Tür öffnet, prügeln Soldaten auf uns ein; einem Mitarbeiter der Busgesellschaft wird das Schüsselbein gebrochen.

Am Dienstagmorgen – nun 48 Stunden im Bus – erreichen wir Ankara. Die Einfallstraße wird von Polizeifahrzeugen und einem Panzer versperrt. Uns reicht's. Wir steigen aus und blockieren die Autobahn nach Istanbul. Botschafter verschiedener Länder treffen bald darauf ein. Nach zwei Stunden halten wir die für Ankara geplante Pressekonferenz auf der Autobahn ab. Trotzdem werden wir gezwungen, nach Istanbul weiterzufahren.

Gegen Abend des 2.9. erleben wir an der Stadtgrenze von Istanbul aufs neue, wie das türkische Regime mit dem Ruf nach Frieden umgeht. Zivilpolizisten durchkämmen die Busse nach Mitgliedern des türkisch-kurdischen Organisationskomitees. Es kommt zu Auseinandersetzungen in und vor den Bussen. 15 DelegationsteilnehmerInnen werden verhaftet, darunter Dicle Anter, der Sohn der ermordeten Musa Anter sowie der schweizerische Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes, A. Gubler, und ein weiteres Schweizer Delegationsmitglied.

Am Mittwoch, den 3.9., wollen wir vormittags im Pera-Palace-Hotel eine Pressekonferenz veranstalten. Das Hotel ist aber von Panzerwagen und Polizei umstellt. Daraufhin laden wir ins Mim-Hotel ein. Zu Gesprächen mit den Delegationen befinden sich auch Botschafts- und Konsulatsvertreter aus Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien im Hotel. Um 15 Uhr stellen sich Vertreter der Delegationen der Presse vor, um Einzelgespräche führen zu können. Auf Anweisung des stellvertretenden Polizeipräsidenten von Istanbul, Mehmet Cakir, greift um 15.30 Uhr eine schwerbewaffnete Polizeieinheit an. Sie stürmen die Hotelhalle und versuchen, in den Versammlungsraum einzudringen. Unter den Augen der Botschafts- und Konsulatsvertreter schlagen sie um sich und treten auf am Boden liegende Leute ein. Auch der britische und deutsche Konsulatsvertreter werden geschlagen. 25 Per-

sonen – vor allem Frauen, die sich gerade am Eingang des Hotels aufhalten – werden unter Schlägen festgenommen, zwei Frauen aus der Bundesrepublik schwer verletzt. Gegen 16 Uhr erklärt M. Cakir den 200 Anwesenden, daß sie verhaftet seien. Nach Einschaltung mehrerer Botschaften und Außenministerien bedauert M. Cakir um 16.15 Uhr, „daß er gestern 15 Personen festnehmen mußte“. Wir seien ein „Sicherheitsrisiko für die Türkei“. Tags drauf findet gegen die Verhafteten ein Prozeß statt. Ergebnis: Alle inhaftierten Europäer werden abgeschnitten. Die Leute mit türkischem Paß, die am Eingang von Istanbul und im Mim-Hotel verhaftet wurden, kommen frei.

Was hat die Friedensmission erreicht? Das erste Mal seit dem 18 Jahre währenden Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen war es möglich, daß sich Zehntausende Menschen auf den Weg zu einer Friedenskundgebung machen konnten. Bei der türkischen Presse fand die Musa-Anter-Friedensdelegation ein großes Echo – von demokratischen Medien unterstützt, von der nationalen Presse als „Friedensterroristen“ diffamiert. Die Delegation konnte ihr Ziel, Aufmerksamkeit für die Forderung der kurdischen Bevölkerung nach Frieden zu erwecken, erreichen. Luxemburg stellt einen Antrag bei der EU, die Türkei nicht in den Kreis der Beitrittskandidaten aufzunehmen, bis die Menschenrechte gewahrt werden. Südafrikas Regierung verklagt das türkische Regime vor dem Europäischen Menschenrechtgerichtshof. Schweden, Spanien, Italien und die Schweiz reichten Protestnoten in der Türkei ein, protestierten ebenso gegen das faktische Verbot des Friedenszuges durch die Bundesregierung. Im österreichischen Parlament wird am 22. September eine Debatte zur Lage in der Türkei geführt. Im Bundestag liegt eine Anfrage der Grünen vor, der Innenausschuss befaßt sich mit Kanthers Einreiseverbot.

Wir wollen eine radikale Änderung der deutschen Türkeipolitik, wir wollen mitmachen an einer demokratischen und friedlichen Lösung des Kurdistankonflikts. Wir kommen wieder. S., rub

Kundgebung in Venedig

„Gegen Sezession und Rassismus“

Rund 30.000 Menschen haben nach Angaben der Veranstalter am letzten Samstag in Venedig „gegen Sezession und Rassismus“ demonstriert. Die Demonstration war der Höhepunkt der dreitägigen Veranstaltungen gegen die Herbstkampagne der Lega Nord für Separatismus. Aufgerufen hatten u.a. die Partei der kommunistischen Neugründung (Rifondazione comunista), Grüne, Umwelt-, Antirassismusgruppen, selbstverwaltete Soziale Zentren.

Damit wurde in der Stadt, in der Bossi die „padanische Regierung“ installieren will, Widerstand demonstriert. Die Lega zieht bisher gerade aus dem Eindruck Kraft, daß sie im Norden und vor allem im Nordosten (Veneto) wie das heiße Messer durch die Butter geht und in einem Meer von (zumindest stillschweigender) Zustimmung schwimmen kann.

Bossi tut alles, um diesen Eindruck zu verfestigen und eine völkische „padanische Identität“ zu installieren, in der jeder mitmachen muß, der dazugerechnet wird, und in der keiner etwas zu suchen hat, der sich nicht auf den Boden der „Padania“ stellt. Kritik hat Bossi in der Vergangenheit als von außen kommend abgetan, von „Roma ladrona“ (Räuberrom) oder dem Süden, denen die „Padania“ eben die unberechtigten Ansprüche verwehre. Daß sich nun im Norden selber und gerade in Venedig endlich Widerstand regt, ist für die Lega eine neue Situation.

Auch daß sich andere Autonomie-Bewegungen beteiligt haben, die die Lega gerne zur eigenen Rechtfertigung ins Feld führt. So haben neben Vertretern der mexikanischen Zapatisten auch Delegationen von Sinn Fein und Herri Batasuna an den Protestaktionen teilgenommen. Michelle Gildernew vom Auslandsbüro von Sinn Fein erklärte: „Die Versuche von Bossis Lega Nord, unseren Kampf demjenigen seiner Padania einzuhüllen, sind instrumentell und abwegig. Unser Kampf geht um die Befreiung von einem Unterdrücker. Was die Lega im Kopf hat, ist dagegen die Schaffung eines künstlichen Staatchens, wie es die Padania wäre, gegründet auf das Sektierertum, den Rassismus und schließlich den Zensus: alles Vorstellungen, die unserer Politik völlig fremd sind. Es sind im Gegenteil genau die Dinge, gegen die wir seit 30 Jahren kämpfen.“ (*il manifesto*, 13.9.)

Auch auf eine andere, weniger auffällige Form von Hindernis ist Bossi in den letzten Wochen gestoßen. Er hatte seine Anhänger in den drei traditionellen Gewerkschaftsbünden aufgerufen, am 6. September die Gewerkschaftsbücher öffentlich zu verbrennen und sich seiner „Padanischen Gewerkschaft“ (SINPA) anzuschließen. Hunderte von Ständen



Durch viele Gassen Venedigs ging es am 13. September zur Kundgebung auf dem Campo Santo Stefano.

waren an diesem Tag in vielen Städten aufgebaut. Zu den Verbrennungen von Gewerkschaftsbüchern kam es nach den Meldungen nicht und auch die Beitrete zu SINPA blieben weit unter Bossis Erwartungen. Selbst die Zahl 50.000, die Bossi an diesem Tag bekanntgab – noch bevor ein Überblick über die tatsächlichen Resultate vorliegen konnte –, dürfte eine weit überhöhte Phantasieziffer gewesen sein. Falls diese Aktion ein Test war, wieweit man gegenüber den Gewerkschaften gehen könnte, dann mußte Bossi zur Kenntnis nehmen: Unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die der Lega nahestehen, sind nicht viele bereit, auf Geheiß des Capos die Brücken zur gewerkschaftlichen Solidarität abzubrechen und sich statt dessen einer „gelben“ bzw. padania-grünen Organisation anzuschließen.

Wenig Eindruck hatte am ersten Septemberwochenende der Auftritt des Ministerpräsidenten Prodi und zehn seiner Minister in Venedig und weiteren Städten des Veneto gemacht. Ihr Motto gegenüber den vermögenden oder jedenfalls meist gutverdienenden Kreisen, die das Rückgrat des Separatismus bilden, war: Wir führen ganz Italien in das Europa von Maastricht; nur so habt Ihr Aussicht auf künftigen Wohlstand, den Ihr mit einem separatistischen Abenteuer verlieren könnet. Konkret brachte Prodi die Zusage der Regierung für eine neue Autobahn zwischen Vicenza und Treviso, eine alte Forderung der Liga Veneta, die heute mit Bossis Lega Nord verbunden ist. Die Unternehmer, mit denen die Minister an diesem Tag ins Gespräch kommen wollten, machten sich aber rar.

rok

Die Linke reagiert auf veränderte Bedingungen

Neue Partei in Venezuela

Vor wenigen Monaten hat sich die oppositionelle, linke Sammelpartei Causa R (Causa Radical) in Venezuela gespalten.

Dabei verbleibt der Parteiname zusammen mit der Minderheitsfraktion beim mehrmaligen Präsidentschaftskandidaten und Gouverneur des Bundesstaates Bolivar, Velasquez. Die Mehrheit nennt sich seitdem PPT (Patria Para Todos). Dessen international bekanntester Vertreter dürfte Aristobulo Isturiz sein, als ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt Caracas. Die offizielle Gründung der PPT wird in diesem Herbst stattfinden.

War Causa R mehr eine Sammlungs- und Protestpartei, gestützt auf Gewerkschaftsbewegung und Basisgruppen, zeigt die jüngste Diskussion und Gründung der PPT, daß man sich um ein wesentlich schärferes linkes Profil bemüht.

In einer Resolution vom 23. Februar 1997 heißt es unter anderem:

„Das Volk von Venezuela, einem Land mit großen Ressourcen, befindet sich unter der Regierung Alfaro-Caldera in ei-

ner Situation extremer Armut und Hoffnungslosigkeit. Die sozialen Rechte der Venezolaner werden unter der neoliberalen Politik der Regierung, Tag für Tag mehr beschnitten. Die sozialen Rechte: Gesundheit, Ausbildung und Arbeit, sind kein Verhandlungsgegenstand mit dem Internationalen Währungsfond. Die Rohstoffe, die staatliche Wirtschaft und vor allem die Petroleumindustrie gehört allen Venezolanern und darf nicht privatisiert werden. Schon gar nicht von denen, die sie durch Miß- und Vettewirtschaft ruiniert haben, sich dabei selbst bereichert haben, um sich nun, bei der anstehenden Privatisierung noch einmal zu bedienen.“

Die zunehmende Aufgabe der nationalen Interessen und der ungehinderte Zugang des globalen Kapitals wird das Land mit seinen gewaltigen Rohstoff- und Energiereserven hoffnungslos ausliefern. Über die Frage, ob und wie man diese Entwicklung bekämpfen soll, hat sich die Causa R gespalten.

Der übergroßen Parteimehrheit war

Velasquez zu kompromißbereit gegenüber der Regierung und ihrer IWF-freundlichen Politik. Bereits im letzten Wahlkampf hat sich der ehemalige Elektriker für viele viel zu sehr bemüht, seine Regierungsfähigkeit zu demonstrieren durch das Aufweichen von radikalen Forderungen nach notwendigen Veränderungen.

Inzwischen lebt der größte Teil der Venezolaner unter der Armutsgrenze, festgeschriebene Mindestlöhne und Sozialversicherung existieren nur auf dem Papier, Staatsbedienstete warten oft Monate auf Löhne und Gehälter. Mit dem Resultat, daß praktisch auch der gesamte öffentliche Bereich langsam wegbricht.

Öffentliche Institutionen, Behörden, Krankenhäuser und Schulen sind kaum noch in der Lage oder willens, ihre Dienste aufrecht zu halten. Die Verarmung und Unterversorgung der Bevölkerung wächst und in der Folge die Kriminalität. Auch für die Bewohner der Metropolen gehört es zu Alltag, daß die Strom- und Wasserversorgung regelmäßig zusammenbricht.

Für die PPT kein Grund, vor den kleinen, aber ungeheuer reichen Oberschicht oder möglichen ausländischen Investoren zu buckeln.

Bei den letzten drei Präsidentenwahlen mit Velasquez konnte Causa R auf zunehmenden Stimmenzuwachs bauen. Bei der letzten Wahl lagen die vier Hauptkandidaten sehr dicht zusammen, so daß am Ende eine sehr knappe Mehrheit ausreichte für die Wahl des damals fast achtzigjährigen Caldera.

Der war bereits vor mehr als zwanzig Jahren einmal Präsident des Landes, einst führendes Mitglied der COPEI (Christdemokraten) und Mitverfasser der Landesverfassung. Caldera kam wieder in Amt und Würden als Kandidat eines recht konfusen Wahlbündnisses, was von ganz rechts bis einigermaßen links viele kleinere Parteien umfaßte. Auch hier war Protest gegen die herrschenden Zustände, Mißwirtschaft und Korruption die treibende Kraft.

COPEI und AD (Sozialdemokraten), die ewigen Regierungsparteien seit der letzten Militärdiktatur in den fünfziger

Jahren, waren für die meisten Venezolaner kaum noch wählbar. Höhepunkte waren 1992 zwei recht dilettantische Putschversuche linksorientierter Militärangehöriger. Putschversuche und Verteidigung der Regierung fanden ohne jede Beteiligung der überraschten Bevölkerung statt.

Mit großen Worten und Versprechungen ist die Regierung Caldera angetreten und hat bereits kurz nach Amtsantritt selbst die niedrigsten Erwartungen enttäuscht. Mit keinem Versuch ging es dem korrupten und unfähigen Staatsapparat an die Pfründe.

Dafür bekommt sie aber unverschämtes Lob vom IWF und anderen globalen Kapitalstrategen für den vorauselenden Gehorsam beim Zerschlagen der staatlichen Wirtschaft oder Zuschauen, wie eine Kamarilla aus korrupten Staatsdienstern, Parteigängern und unfähiger einheimischer Oligarchie den Rest einsackt.

Hat die Nationalisierung der Mineralstoffindustrie und anderer wichtiger Wirtschaftszweige dem Land einst einen für Südamerika unvergleichbar hohen Lebensstandard beschert, ist der Prozeß schon lange rückläufig durch die ungeheure kriminelle Energie der politisch-wirtschaftlichen Führung des Landes.

Bleibt abzuwarten, ob die PPT in der Lage sein wird, zu einer echten linken Massenpartei zu werden, in der sich die Interessen der zunehmend unzufriedenen Venezolaner widerspiegeln.

Man sucht den internationalen Erfahrungsaustausch und Unterstützung. Eine offizielle Parteidelegation hat in diesen Tagen mit den Italienischen Kommunisten (Rifondazione Communista) Kontakt aufgenommen.

Nicht ohne Sympathie oder zumindest Verständnis verfolgt man in Venezuela in diesen Tagen das Erstarken der kolumbianischen Guerilla. An der gemeinsamen Grenze wird zunehmend auch venezolanisches Militär in bewaffnete Kämpfe verwickelt und man befürchtet von offizieller Seite den Nachahmungsprozeß. Nach den 92er Erlebnissen weiß man nicht, wie zuverlässig das eigene Militär wirklich ist, sollte sich die Lage verschärfen. GAL, 11. September 1997

Guatemala

Weitere Mitte-Links-Partei

(Guatemala-Stadt, 28.8. cerigua-Poonal).- Neben dem Demokratischen Bündnis Neues Guatemala (FDNG) und der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG) ist eine weitere Linkspartei entstanden.

Sie nennt sich „Demokratische Alternative“ und macht sich derzeit durch Werbeanzeigen bekannt. Ihr Generalsekretär ist Oscar Clemente Marroquin, langjähriger politischer Aktivist, Journalist und bis vor kurzem Chefredakteur der Tageszeitung „La Hora“.

„Die Demokratie stärken, das Friedensabkommen erfüllen“

Er kündigt an, seine „Mitte-Links“-Organisation hoffe, die traditionelle Art der Politik durch „konstruktive Kritik“ zu ändern sowie „zu helfen, die Demokratie zu stärken und die Friedensabkommen zu erfüllen“.

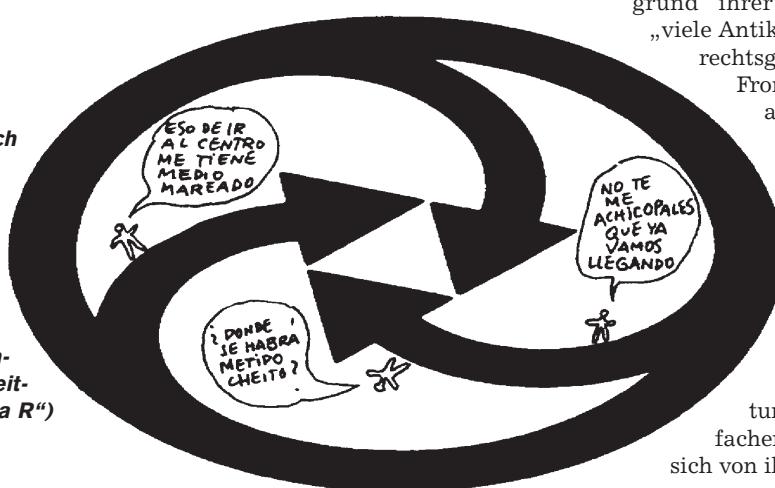
Wie andere, die die Lücke nach Jahrzehnten der Unterdrückung gegen linke oder fortschrittliche Parteien füllen wollen, sagt die Demokratische Alternative, die Fehler der politischen Rivalen nicht wiederholen zu wollen.

„Wir bieten eine demokratische Allianz an, in der alle Gesichtspunkte respektiert und interne Demokratie geübt werden, indem die Beteiligung derer, die die guatemaltekische Gesellschaft mit ihren vielen Ethnien, Kulturen und Sprachen ausmachen, ermöglicht und gefördert wird“, heißt es in einer Stellungnahme.

Marroquin hat für die anderen Parteien allerdings nur Kritik übrig. Die regierende Partei der Nationalen Vorphut (PAN) beschreibt er als „klassizistisch und ausschließend“. Bei der URNG würden aufgrund ihrer Aufstandsvergangenheit „viele Antikörper geschaffen“, und die rechtsgerichtete Republikanische Front (FRG) sei „uninteressiert an den Friedensabkommen“.

Vor zwei Jahren hatte Marroquin an den ersten Vorbereitungstreffen für die FDNG teilgenommen. Als dieses jedoch beschloß, sich mit der weithin diskreditierten Revolutionären Partei (PR) zusammenzutun, um das Wahlregister einfacher zu bekommen, trennte er sich von ihr.

Von der Schwierigkeit, sich zentristisch zu bewegen.
Von links nach rechts: 1.
Ins Zentrum zu gehen macht mich schwindlig. 2.
Wo werden sie wohl das Zentrum hingetan haben?
3. Mach dich nicht so klein, wir werden schon ankommen. (Karikatur aus der Zeitschrift „La causa R“)



Die EZLN demonstriert in der Hauptstadt

(Mexiko-Stadt, 11. September). – Wenn nicht noch in letzter Minute Unvorhergesehenes passiert, zieht am Freitag die maskierte „Sondergruppierung Emiliano Zapata“ durch die Straßen von Mexiko-Stadt.

Diesen Namen haben sich die 1.111 Mitglieder der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) gegeben, die am Dienstagmorgen als Vertreter und Vertreterinnen ihrer Dorfgemeinden vom Bundesstaat Chiapas aus in die Hauptstadt aufbrachen. Subcomandante Marcos und die übrige Führung der EZLN blieben zuhause.

Während des weitgehend motorisierten Marsches legten die Zapatisten Zwischenstationen in den Bundesstaaten Oaxaca, Puebla und Morelos ein und hielten vor jeweils mehreren tausend Anhängern Veranstaltungen ab. Auf dem Weg schlossen sich zahlreiche Kontingente von Indigena-Organisationen aus anderen Landesteilen an.

Freitags werden die Marschteilnehmer auf dem Zocalo, dem zentralen Platz vor dem Nationalpalast, für die Erfüllung der mit der Regierung im Februar 1996 geschlossenen Vereinbarungen über Indigenarechte und -kultur demonstrieren. In den folgenden Tagen nehmen die Aufständischen aus Chiapas am Gründungskongress des Zapatistischen Bündnisses der Nationalen Befreiung (FZLN) teil.

So spektakulär die massive Präsenz der Zapatisten im Hauptstadt-Distrikt auch ist, so ungewiß sind die bleibenden Nachwirkungen dieses Ereignisses. Für die EZLN geht es ein weiteres Mal darum, nicht nur in die Schlagzeilen, sondern wieder in die politische Offensive zu gelangen.

Der Verhandlungsprozeß mit der Regierung ist seit ziemlich genau einem Jahr unterbrochen. In Chiapas herrscht eine Situation vor, die immer wieder als Krieg niedriger Intensität qualifiziert wird. Eine zivile, parteiunabhängige Massenbewegung ist trotz mehrerer Initiativen der Zapatisten bisher nicht entstanden.

Aus ihrer Perspektive gesehen besteht sogar die Gefahr, daß sich nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen von Anfang Juli die Blicke noch mehr auf die Parteipolitik konzentrieren, da die Opposition nach fast 70 Jahren Alleinherrschaft der Regierungspartei PRI erstmals wirkliche Einflußmöglichkeiten hat.

Der Aufruf zur offiziellen Gründung des FZLN als feste Organisation soll der nichtparteigebundenen Zivilgesellschaft Gewicht verleihen und sie einen. Das Bündnis soll explizit nicht nach der Macht greifen, sondern die Regierenden kontrollieren.

Kritiker werfen dem Konzept nach wie vor mangelnde Klarheit vor. Das FZLN ist nach den Aussagen der Zapatisten nicht ihr „ziviler Arm“, der starke Einfluß der EZLN ist aber unbestritten. Sie selbst hatte bereits Anfang 1996 in ihrer Vierten Erklärung des Lacandonen Urwaldes zum FZLN aufgerufen.

Wäre die Entwicklung dynamischer gewesen, hätte der Gründungskongress wahrscheinlich viel früher stattgefunden. Andererseits ist das Bündnis eindeutig basisbezogener als seine Vorgängerinitiativen und damit auf Dauer vielleicht tragfähiger. Subcomandante Marcos hat es vor kurzem als letzten Versuch der Zapatisten bewertet, friedlich Veränderungen zu erreichen.

Die EZLN setzt aber trotz aller Abgrenzung auch auf die Parteien, speziell auf die linke Partei der Demokratischen Revolution (PRD) und deren kommenden Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Cuauhtémoc Cárdenas. Mit der PRD als Triebkraft könnte das Parlament den Vorschlag zu einer Indigena-Gesetzgebung wieder aufgreifen, den die parteiübergreifende Cocopa-Kommission aus Abgeordneten und Senatoren in der vergangenen Legislaturperiode machte. Die EZLN stimmte diesem Vorschlag zu, doch Mexikos Präsident Ernesto Zedillo verhinderte mit seinen Einwänden eine Abstimmung im Parlament.

Obwohl auch Mitglieder der Regierungspartei den Gesetzesentwurf ausarbeiteten, hätten sie sich nicht gegen Zedillo gewandt.

Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sind die Stimmen der PRI nicht mehr unabdingbar, die Opposition aus konservativer PAN und der PRD könnte den Präsidenten zum Offenbarungseid zwingen.

Schon jetzt macht die PRI gute Miene zum für sie bösen Spiel: Die Partei drückte gegenüber dem Marsch der 1.111 Zapatisten „Respekt und Unterstützung“ aus. Der für die Verhandlungen abgeordnete Regierungsfunktionär Pedro Coldwell bietet der EZLN ein Gespräch während ihres Aufenthaltes in der Hauptstadt an. Damit ist weder die Militarisierung in Chiapas vom Tisch, noch bedeutet es konkrete Schritte für die von den Zapatisten geforderte Selbstbestimmung der Indigena-Gemeinden. Der Handlungsspielraum der Zapatisten hat sich jedoch offenbar wieder erweitert.



Unbewaffnete Zapatisten marschieren für die Rechte der Bauern nach Mexico City.
(Photo: AP)

Chile/Schweiz: Guerilla-Chef in der Schweiz verhaftet

(Santiago de Chile, 8. September, pulsar-Poonal). – Die Freiheit nach der spektakulären Flucht mit dem Hubschrauber aus einem chilenischen Hochsicherheitsgefängnis war nur kurz für Patricio Ortiz. Der Führer der Guerilla-Organisation Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR) wurde in der Schweiz verhaftet, als er seine dort lebende Familie besuchen wollte.

Die FPMR hat in Chile sofort Kontakt mit Schweizer Diplomaten aufgenommen. Sie will erreichen, daß Ortiz als politischer Flüchtling anerkannt wird.

Seine Familie hat für ihn einen Asylantrag gestellt. Sie weist darauf hin, daß die über Ortiz verhängte 20jährige Haftstrafe wegen Polizistenmord von der Militärjustiz entschieden wurde, während ein Zivilgericht ihn freisprach.

Die chilenische Regierung hat über den Aufenthalt der anderen drei mit Ortiz im Hubschrauber geflohenen Häftlinge gibt es nur Vermutungen. Eine Version ist, daß sie sich auf Kuba befinden.

Panama: Chiquita Brands will vom Profit nichts abgeben

(Panama-Stadt, 3. September, pulsar-Poonal). – Der US-Bananenkonzern Chiquita Brands weigert sich, die Löhne entsprechend dem panamaischen Arbeitsgesetz anzuheben. Seit Anfang des Monats sind deswegen mehr als 4.000 ArbeitnehmerInnen auf den Bananenplantagen in der Provinz Chiriquí an der Pazifikküste in den Streik getreten. Sie wehren sich außerdem gegen den beabsichtigten Abbau von mehreren hundert Stellen.

Edgar Williams, Gewerkschaftssprecher der BananenarbeiterInnen, hat erklärt, daß die Gewerkschaft ihre Lohnforderungen nach Anfangsverhandlungen von 12 auf 6 Prozent gesenkt hat. Chiquita-Sprecher Victor Mirones hat im Namen seines Arbeitgebers bisher nur vierprozentige Erhöhungen alle zwei Jahre angeboten. Das Gesetz schreibt 6 Prozent als Minimum vor.

Auf den Plantagen in Chiriquí werden jährlich etwa 14 Millionen Kisten Bananen verpackt. Der Export nach Europa und in die USA bringt gut 200 Millionen Dollar ein. Auf anderen Obstplantagen in Panama beschäftigt Chiquita Brands weitere 7.000 Personen.

Chiles Regierung rüstet auf: Kauf neuer U-Boote, Panzer und Bomber angekündigt

(Santiago de Chile, 2. September, pulsar-Poonal). – Nachdem die USA vor wenigen

Wochen durch eine Entscheidung von Präsident Bill Clinton das Verbot des Exports moderner Waffen nach Lateinamerika aufgehoben, scheint auf dem Kontinent ein neuer Rüstungswettlauf auszubrechen. Peru orderte bereits eine Flotte von Kriegsflugzeugen.

Jetzt zieht Chile nach. Die Militärs kündigten den Kauf von zwei U-Booten,

Spanien: Spaltung der Linkskoalition „Izquierda Unida“

In den letzten Monaten hatte sich die Krise schon in den Provinzen angedeutet. In Galizien und Katalonien stimmten die dortigen Parteigliederungen nicht mit den Zentrale überein und gingen Bünd-



BRASILIEN: BISHER GRÖSSTER PROTEST GEGEN DIE REGIERUNG

(Brasilia, 9. September, pulsar-Poonal). – Schätzungsweise 250.000 BrasilianerInnen nahmen an landesweiten Demonstrationszügen gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Fernando Henrique Cardoso und der Regierung teil. Die zentrale Veranstaltung fand in der Stadt Aparecida statt, wo 150.000 Menschen zusammenkamen. Proteste gab es aber ebenfalls in der Hauptstadt Brasilia, in Rio de Janeiro, San Salvador, Curitiba, Porto Alegre und anderen Städten des Landes. Angehörige der katholischen Kirche, Campesinos der Bewegung der Landlosen, GewerkschafterInnen, Mitglieder von Indígena-Organisationen und bis hin zu VertreterInnen der Homosexuellen zeigten der Regierung symbolisch die Rote Karte.

200 Angriffspanzern sowie einer nicht genannten Zahl von Jagdbombern an. Die dafür nötigen Gesamtausgaben von 1 Milliarde Dollar werden mit der Modernisierung der Streitkräfte begründet. Diese müßten effizienter und so stark sein, daß niemand sich ermutigt fühle, ihnen Probleme zu bereiten.

Edmundo Perez Yoma, der chilenische Verteidigungsminister, erklärte, die Regierung wolle die Truppenstärke reduzieren. Diejenigen, die übrig blieben, müßten aber über moderne und wirksamere Waffen verfügen.

Die Waffenkäufe müssen bis zum Frühjahr kommenden Jahres bezahlt werden. ExpertInnen haben errechnet, daß die Regierung mit dem Geld Wohnungen für 200.000 Personen bauen könnte.

In Lateinamerika haben außerdem Argentinien und Brasilien schon Waffenkäufe angekündigt. Weitere Länder werden ihnen folgen.

nisse mit den spanischen Sozialisten (PSOE) ein. Die Sanktionen folgten auf dem Fuße. Nun hat das linke Parteibündnis „Izquierda Unida“ die sogenannten „Neuen Linken“ ausgeschlossen.

Julio Anguita, Chef der IU und gleichzeitig Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, der stärksten Organisation innerhalb der IU, bezeichnete die nun ausgeschlossenen als „U-Boote der PSOE“.

Die radikale Linke innerhalb der IU hat sich gegen Maastricht und die Folgen ausgesprochen, während die nun Ausgeschlossenen eher dem Kurs der Sozialisten hin zu einem kapitalistischen Europa folgten. Verwirrend wird die Auseinandersetzung, weil sich der Chef der Gewerkschaft CC.OO (Arbeiterkommissionen) gegen den Ausschluß ausgesprochen hat und das Ende des Projekts IU sieht.

(Zusammenstellung: hav)

ENTSCHEIDUNG FÜR ALLE



ZWANGS- ARBEITERINNEN UND



ZWANGSARBEITER



Jetzt!



KÖLN. 60 Teilnehmer kamen zur Veranstaltung „150 Jahre Siemens – Entschädigung jetzt!“ in der Volks hochschule. In einem Vorabfilm von Loretta Walz wurden Interviews von Frauen aus dem KZ Ravensbrück gezeigt, die dort Zwangsarbeit für Siemens leisteten. Ein Vertreter der Projektgruppe Messelager berichtete, daß Köln die einzige Stadt ist, die jedes Jahr Zwangsarbeiter einlädt. Der Etat wird aber immer weiter eingefroren. Lothar Evers vom Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgten berichtete über die aktuellen rechtlichen Auseinandersetzungen, insbesondere in der USA. Karola Fings kritisierte den Betriebsrat von Siemens, der in Köln ein Schreiben der VVN/BdA wegen der Entschädigung einfach der Geschäftsleitung weiterleitete. Eine interessante Veranstaltung mit zahlreichen Hintergrundinformationen. jöd

Am 20. Oktober Start für ein Volksbegehren gegen Transrapid

POTSDAM. Gegen das Multimilliardenprojekt haben sich entlang der 300 Kilometer langen Plan-Trasse zahlreiche Initiativen gebildet, die immer wieder Infostände, Veranstaltungen und überregionale Demonstrationen durchführen. In Brandenburg wurde die Landesregierung mit einer Volksinitiative (24.000 gültige Unterschriften) aufgefordert, im Bundesrat gegen den Transrapid tätig zu werden. Da der Landtag das abblockte, bereiten jetzt die Initiativen und Umweltverbände ein Volksbegehren vor. Die

Grünen und die PDS unterstützen sie dabei. 61 Prozent der BundesbürgerInnen lehnen nach Umfragen vom Januar (INRA) und April 1997 (EMNID) das Transrapid-Projekt Hamburg-Berlin ab. Die Bundesregierung aber will es aber unbedingt durchsetzen. Bisher tönte sie, sie werde die Kosten für den Streckenbau tragen. Doch der neue Bundeshaushalt zeigt, daß das Projekt die Weichen bei der Bahn AG neu stellen wird. Die Kosten soll nämlich die Bahn AG aufbringen, die vom Bund dafür nur ein zinsloses Darlehen bekommt. Eine hoch verschuldete Bahn AG (1994 schuldenfrei gegründet, 27 Milliarden Schulden 1998) wird den Service für die breite Masse weiter verschlechtern. Dagegen ist das Volksbegehen eine wichtige Gegenbewegung. Bis Februar 1998 sind 80.000 Unterschriften in Brandenburg zu sammeln. baf

grund der seit Wochen laufenden Polizeieinsätze gebildet hatte. Als er kritisierte, daß alle vom Platz gefegt würden, die von der polizeilich definierten Kleiderordnung abweichen, antwortete Polizeisprecherin Henning: „Da man die Ordnungswidrigkeiten nicht einzelnen Personen nachweisen kann, müssen wir gegen die Gruppe vorgehen.“ Andre Kestel, Mitarbeiter des Alternativen Jugendzentrums, sieht die Arbeit der vergangenen Monate in einer anderen Richtung zunicht gemacht. Polizei, Jugendamt und freie Träger der Jugendhilfe hatten Kooperation zur Vorbeugung gegen rechte Gewalt vereinbart und einen Sicherheitsrat bilden wollen. „Die Vertrauensbasis für eine solche Zusammenarbeit wird durch diese Polizeieinsätze natürlich entzogen.“ Nach „Freie Presse“, 21.8., 22.8., CL-Netz

Kirchenasyl in Freiburg – kleine Änderungen

FREIBURG. Die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) gewährt seit dem 29.6.97 einem angolanischen Geschwisterpaar Kirchenasyl. Die Begründung bezieht sich u.a. auf die aktuelle Situation in Angola, die derart gespannt und ungewiß ist, daß von einer gesicherten Prognose nicht ausgegangen werden kann. Die KHG wird hierin durch immer neue Presseberichte unterstützt: „Geldmangel, Kämpfe, Tretminen“ (FR, 30.6.97), „Steht Angola vor einem neuen Ausbruch des Bürgerkriegs?“ (FAZ, 3.7.97), „Schwere Artilleriegefechte: Neuer Bürgerkrieg in Angola“ (FAZ, 12.8.97). So urteilen auch einige Gerichte: „Konkrete Gefahr für Leib und Leben für Familie mit minderjährigen Kindern bei Abschiebung nach Angola“ – z.B. VG Schleswig-Holstein/13.2.97; „vielmehr ist weiterhin von katastrophalen Zuständen auszugehen“. Allein das Regierungspräsidium Freiburg vertrat bislang einsam eine andere Ansicht: die Heimreise sei mit keinerlei „persönlichen Gefahren für Leib und Leben der Geschwister verbunden“ (am 6.8.97). Einen Spielraum würden sie nicht erkennen können.

Am 5.9. aber machte es einen Rückzieher: sie würden nun angesichts der neuen Entwicklungen in Angola noch einmal eine Lagebeurteilung einfordern, bis dahin würden Abschiebemaßnahmen ausgesetzt, das Geschwisterpaar würde bis dahin eine Duldung erhalten.

Bislang haben mehr als 1.000 Personen aus sehr verschiedenen Richtungen sich in die ausgelegten Unterschriftenlisten eingetragen, um die Forderung nach einem Bleiberecht für die beiden Geschwister zu unterstützen. Diese Aktivitäten gehen auch jetzt weiter. In zwei anderen Kirchen – in Goslar und Berlin – werden ebenfalls AngolanerInnen vor der Abschiebung geschützt.

Die KHG plant für Anfang November eine Podiumsdiskussion zu dieser Frage, an der auch das Regierungspräsidium teilnehmen will.

Veranstaltung im Vorfeld des Konzertes

„Böhse Onkelz“ in der Kontroverse

ESSEN. Drei Anzeigen wegen einer Schlägerei und 15 Verletzte lautet die nüchternen Bilanz der massiv anwesenden Polizei. Doch ein ganz „normales“ Konzert war das Festival am letzten Sonntag im Georg-Melches-Stadion in Essen-Borbeck nicht. Mehrere hundert Skinheads und Hooligans – rund 150 allein von der „Ruhrfront“ – gehörten wie befürchtet zu den Zuschauern. Die rechtsradikale Szene feierte die Band, die durch ihren kommerziellen Erfolg die früher vorhandenen Grenzen zwischen Heavy Metal und Nazi-Rock eingerissen hat, die „Böhse Onkelz“.

Obwohl Hooligans, Skinheads und organisierte Nazis nur einen kleinen Teil der nach Angaben des Veranstalters 12.000 Zuschauer ausmachten, verlangte das Management von Journalisten schriftlich den Verzicht auf Fotos vom Publikum. Einem Reporter der „NRZ“ sollte der Zutritt gleich ganz verwehrt werden – wegen kritischer Berichterstattung im Vorfeld. Was für Ängste bewogen das Management der Band dazu? Die Stadt Essen hat im Nachhinein lediglich zu beanstanden, daß sich 400 Leute über den Lärm bis in die Nacht beschwerten, so das für die Vermietung des Stadions zuständige Sportamt. Die politische Wirkung

der Konzerte von Gruppen wie den „Böhse Onkelz“ interessiert die Verantwortlichen der Stadt nicht.

Anders als in anderen Städten gelang es antifaschistischen Gruppen, der DGB-Jugend usw. im Vorfeld immerhin, eine öffentliche Diskussion um die Rolle der „Böhse Onkelz“ zu initiieren, auch in der Tagespresse. Zu der Veranstaltung „Gute Onkels – „Böhse Onkelz“? Rechte Musikszene zwischen Boykott und Akzeptanz“ kamen am 3.9.1997 über 250 Leute in die Zeche Carl. Womit die Veranstalter nicht gerechnet hatten: Fast die Hälfte der Teilnehmer waren „Onkelz“-Fans. Trotz etlicher Störversuche konnte die von der Journalistin Christine Kostrzews straff moderierte Veranstaltung zu Ende geführt werden. Dabei war auch das Podium mit sehr gegensätzlichen Positionen besetzt. Der Autor dieses Artikels begründete für das Antifaschistische Forum, warum es die Absage des Konzertes forderte: Die Band hat ihre tiefe Verstrickung in die Nazi-

Szene nur unzureichend gekappt und gibt selbst genug Anlaß, weiter dazugerechnet zu werden. Götz Kühnemund, Chefredakteur der Zeitung „Rock Hard“, hält die Texte der Band aus den 80er Jahren für erledigt, die neuen nicht mehr für rechts und bekommt dafür angeblich viele positive Leserbriefe. Er bestreitet nicht, daß die „Onkelz“ aus ihrer Vergangenheit Kapital schlagen, fand aber absolut nichts dabei – Erfolg ist eben Erfolg. Eigentlich stören nur die Veranstaltungen, in denen immer wieder „das alte hochgekocht“ wird ... Klaus Walter, Radio-DJ beim Hessischen Rundfunk, sieht die „Onkelz“

nicht als faschistische Gruppe an, sondern als Teil des „Mainstreams“ (schließt sich das eigentlich immer aus?). Er wandte sich aber deutlich gegen die Verlogenheit der „Opfer“-Mentalität, wie sie von den „Onkelz“ – allesamt heute gut verdienende Millionäre – gepflegt und bedient wird. Mille Petruzza, Sänger der Gruppe „Creator“ hielt sich sehr zurück, begrüßte im Schlußwort aber ausdrücklich, daß die kritische Diskussion überhaupt zustande kam. Zunächst meldeten sich fast nur „Onkelz“-Fans zu Wort, darunter auch einige, die sehr genau auf ihre Worte achteten. So angespornt, konnte sich der anwesende Manager der Band selbst ins Podium einladen. Je konkreter die Kritik an der Band und an dem, wofür sie steht, jedoch wurde, desto widersprüchlicher reagierten die Fans. Mehrere distanzierten sich von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung. Andere „bekannten“ sich zwar zu den „Onkelz“, forderten aber unter großem Beifall dazu auf, Rassismus und Ausländerhetze nicht zuzulassen. Sprüche wie „ihr linken Zecken da vorne“ hatten keine Chance mehr und mußten zurückgenommen werden.

Ob die Nachdenklichkeit der Teilnehmer dauerhaft angeregt wurde, ist schwer zu überprüfen. Für die Veranstalter brachte die Diskussion jedenfalls neue Erfahrungen, weil sie zu einer direkten Kontroverse mit Freunden und Vertretern der Band wurde. Die Sozialarbeiter, die so etwas einfordern, fehlten dabei übrigens.

Fest steht dagegen, daß die Verantwortlichen der Stadt – einschließlich der drei Ratsparteien, die sich überhaupt nicht äußerten – trotz der Auseinandersetzung weniger Bedenken haben, als die meisten CD-Läden in Essen. Auch Ketten wie WOM, Media-Markt und Karstadt lehnen es nach wie vor ab, Veröffentlichungen der „Böhse Onkelz“ zu verkaufen, obwohl sie dadurch auf erkleckliche Einnahmen verzichten. Dabei sollte es bleiben, auch wenn ein solcher Boykott allein sicher nicht ausreicht.

Wolfgang Freye,
aus Lokalberichte Essen

Brief des Antifa Forums an die „NRZ“

Ihr Artikel ... wird dem Verlauf der Veranstaltung leider jedoch nicht gerecht. Man erfährt, daß der Autor die Beurteilung der „Böhse Onkelz“ für eine „Glaubensfrage“ hält. Über die Fakten, die auf der Veranstaltung genannt wurden, erfährt man jedoch nichts. Damit meine ich insbesondere zwei konkrete Punkte, auf die sowohl der Manager der Band – er hatte sich selbst eingeladen – als auch andere Freunde der Gruppe keine Antwort hatten: – Warum dulden die „Onkelz“, daß Zeitungen wie das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ und das neofaschistische Blatt „Europa Vorn“ noch in ihren jüngsten Ausgaben CDs der angeblich geläuterten Gruppe wärmstens empfehlen und über ihren Katalog-Versand vertreiben? Da der Verkaufspreis der CDs von 32 DM deutlich über dem Großhandels-Einkaufspreis liegt, dürften die Blätter bei einem guten Absatz erkleckliche Summen für die Finanzierung ihres Erscheinens erlösen. – Warum können auf der vom Management der Band selbst betreuten, offiziellen „Onkelz“-Homepage im Internet auch die Texte der alten LPs der „Böhse Onkelz“ aus den 80er Jahren abgerufen werden, darunter auch die der als jugendgefährdend indizierten Scheiben „Der nette Mann“ und „Häßlich“? Wir haben bereits auf der Veranstaltung angekündigt, diese offizielle Verbreitung verbotener Texte rechtlich prüfen zu lassen. Statt sich damit auseinanderzusetzen, empfehlen Sie den Konzertbesuch (für den man ohne Presseausweis 59 DM bezahlen muß). Wollen Sie damit den Eindruck erwecken, die Kritiker hätten sich mit der Sache nicht genug befaßt, oder wie ist diese Bemerkung zu verstehen?



Trotz Verbot machte die „NRZ“ Bilder der Fans. Einige haben die Hand zum Michael Kühnen-Gruß erhoben (ausgestreckter Zeige- und Mittelfinger), legaler Ersatz für den Hitler-Gruß.

Zehntausend demonstrierten gegen Verschlechterungen in der Altenpflege

„Satt, sauber, trocken“ – das reicht nicht!

KÖLN. Aus ganz NRW kamen am 2. September Beschäftigte und Insassen aus Altenpflegeeinrichtungen nach Köln, um auf dem Roncalliplatz mit einer Kundgebung die Öffentlichkeit auf die Situation im Altenpflegebereich aufmerksam zu machen. Die Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes in Altenheimen ab 1998 – die Übergangsfrist für NRW nach den alten Konditionen läuft zum 31.12.97 aus –, wird drastische Verschlechterungen in der Pflege und für die Beschäftigten zur Folge haben. In der Presseerklärung der ÖTV NRW heißt es dazu:

Bereits in den letzten Jahren wurde das Pflegepersonal wegen der eingefrorenen Pflegesätze schlechend abgebaut. Mittels der geplanten Einführung eines Standard-Pflegesatz-Modells (SPM) ist nun vorgesehen, die Pflegesätze bundeseinheitlich zu regeln. In NRW lägen die Pflegesätze dann 30 % niedriger als heute. Die Träger von vollstationären Pflegeeinrichtungen wären gezwungen, bis zu 30 % an Kosten einzusparen. Da die Einsparmöglichkeiten in anderen Bereichen in den meisten Heimen in den vergangenen Jahren nahezu ausgeschöpft wurden,

Arbeit in der Pflege ist zusätzlich durch Schichtdienste, Arbeit an Wochenenden, Springerdienste und dem gestiegenen Anteil der verwirrten und psychiatrisch Erkrankten mit einem hohen Pflege- und Beaufsichtigungsbedarf belastet. Einen weiteren Personalabbau kann die Pflege nicht verkraften. Das wäre der Kollaps vollstationärer Pflege und genau das können wir uns sozialpolitisch und arbeitsmarktpolitisch nicht leisten.“

Die Initiative „Altenpflege wehrt sich“ hat bereits über 40.000 Unterschriften gegen die Verschlechterungen im Pflegebereich gesammelt. Die Lüner Altenpflegeeinrichtungen verteilen einen gemeinsamen Appell, in dem sie die Verantwortlichen der Landschaftsverbände, der überörtlichen Träger, der Kommunen und der Pflegekassen aufrufen, „bei den Verhandlungen neben der körperlichen Pflege auch die Zeiten für geistige, soziale und seelische Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen konkret zu berücksichtigen. Die Menschen werden nicht nur gepflegt, sie wohnen und leben in den Heimen und haben ein Recht auf Hilfestellung bei der Bewältigung von Lebenskrisen. Viele haben keine eigenen

Angehörigen mehr, die helfen können. Wir wollen Heime, in denen man nicht nur pflegen, sondern auch leben kann.“

Dieser Aspekt, das machten die Rednerinnen und Redner deutlich, ist allen, die in der Altenpflege arbeiten, besonders wichtig, kommt aber bei den Berechnungen der Pflegekassen gar nicht vor. Altersverwirrtheit z.B. erfordert in Sinne der Pflegeversicherungs träger keine pflegerische Leistung, denn diese Menschen können

meist noch ganz gut selber essen, gehen, sich waschen und anziehen. Also werden sie oft in die niedrigste Pflegestufe eingestuft, die Heime erhalten nur den niedrigsten Pflegesatz, der reale Zeitaufwand zur Betreuung dieser alten Menschen, die oft völlig desorientiert sind und viel Zuwendung brauchen, steht dazu in keinem Verhältnis.

Die direkte Abhängigkeit der Anzahl des Personals von der Einstufung der Altenheimbewohnerinnen und -bewohner in bestimmte Pflegesätze führt zu menschenunwürdigen Bedingungen, ständigen Verschlechterungen in der Pflege und höherem Streß bei den Beschäftigten. Ständig muß nun die Pflegebedürftigkeit



jedes einzelnen Heimbewohners genauestens dokumentiert werden, damit man nach Möglichkeit so schnell wie möglich die höhere Pflegestufe beantragen kann. Die engen zeitlichen Grenzen, die für einzelne Pflegeleistungen gesetzt werden, führen dann auch schon mal dazu, daß überlegt wird, die Bewohnerinnen und Bewohner – im neuesten Sprachgebrauch „Kunden“ oder „Gäste“ – nur noch alle zwei Wochen zu baden, damit man zeitlich zurechtkommt. Betroffen von solchen Maßnahmen sind dann in der Regel sicher nicht die „Selbstzahler“ und diejenigen, die noch protestierende Angehörige haben oder selbst fit genug sind, sich zu wehren.

Aus der Liste des „vorgeschriebenen Zeitaufwands für pflegerische Hilfeleistungen“ hier ein paar Beispiele:

- Transfer auf den bzw. vom Rollstuhl/Toilettenstuhl in die bzw. aus der Badewanne/Dusche: 1 Min.
- Baden: 25–30 Minuten
- Stuhlgang (Richten der Bekleidung, Intimpflege): 5–8 Min.
- Ankleiden insgesamt: 8–10 Min.
- Essen von 3 Hauptmahlzeiten einschließlich Trinken: 15–20 Minuten.

Jede Minute, die länger auf die entsprechende Tätigkeit „verschwendet“ wird, ist kostenmäßig nicht gedeckt, also wird das Personal angehalten, sich entsprechend zu sputen. „Satt, sauber, trocken“, ist bei diesen Zeitvorgaben vielleicht noch so gerade zu schaffen. Ein Gespräch, das Eingehen auf Wünsche oder Probleme der alten Menschen praktisch kaum mehr möglich.

„Ein weiterer Abbau des Pflegepersonals“, so der Sprecher der ÖTV, „kommt einer Aufforderung zur unterlassenen Hilfeleistung im doppelten Sinne gleich, gegenüber den Pflegebedürftigen und gegenüber den Beschäftigten.“ u.b.



ist ein Personalabbau in der Größenordnung von 20 bis 30 % nach dem Auslaufen der Übergangsregelung (31.12.97) zu befürchten.

... Die Arbeitsbedingungen haben sich durch den in den letzten Jahren bereits erfolgten Personalabbau verschlechtert. Insbesondere ältere und schwerbehinderte Beschäftigte können dem gewachsenen Arbeitsdruck nicht standhalten. Bei den jüngeren nimmt die Zahl derer zu, die im Krankheitsfall aus Rücksicht auf die Belange des Heimes und der Pflegebedürftigen zur Arbeit gehen. Langfristig führt dies zu einem deutlichen Anstieg von Langzeiterkrankungen und Berufsunfähigkeit. Die ohnehin schwere

Proteste gegen den sog. „Gäste-Erlaß“

MÜNCHEN. Wenn in Deutschland lebende Menschen – mit oder ohne deutschem Paß – ihre Verwandtschaft aus Tunesien oder die Urlaubsbekanntschaft aus Sri Lanka einladen oder aber einer Studentin aus Thailand ein Studium in München ermöglichen wollen, ist es schon seit längerer Zeit notwendig, für diese eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben. Das heißt, die Einladenden erklären sich dafür verantwortlich, daß während des Aufenthalts der BesucherInnen oder StudentInnen für deren Unterhalt, Wohnung und eventuelle Krankheitskosten gesorgt ist. Seit März 1997 gibt es hierzu eine neue Regelung, die vom Bundesinnenminister empfohlen und nur von den Innenministerien in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen verordnet wurde: den sogenannten Gäste-Erlaß. Die entscheidende Neuerung im Erlaß ist die sogenannte Bonitätsprüfung, die von den Behörden nun bei denjenigen vorgenommen wird, die eine solche Erklärung unterschreiben wollen. Diese müssen danach ein Einkommen nachweisen, dessen pfändbarer Teil dem 1½fachen des Sozialhilfegesetzes entspricht. Das heißt im Klartext: Alleinstehende müssen ein Nettoeinkommen von 2400 DM oder z.B. eine vierköpfige Familie 3500 DM monatlich nachweisen. Es liegt auf der Hand, daß dies für viele Menschen nicht möglich ist, besonders für einen großen Teil der hier lebenden ausländischen Bevölkerung. Die vom Erlaß betroffenen Länder reichen von A wie Afghanistan über T wie Türkei bis zu Z wie Kongo (Zaire).

Ein Fall aus Oberbayern, der die Bereitschaft der Behörden zeigt, noch über die Forderungen des Erlasses hinauszugehen: Für einen Gast aus Asien wurde nicht nur ein monatlicher Unterhalt von 2000 DM berechnet, sondern der Betrag sollte auch noch auf ein Sparbuch eingezahlt werden, das beim Landkreisamt zu hinterlegen war. Die deutsche Botschaft im betreffenden Land verlangte außerdem einen Arbeitsnachweis des Visumsantragstellers sowie die Vorlage von Traveller Checks in Höhe von 1000 US-\$.

Der Gäste-Erlaß spiegelt eine Menschenverachtung der deutschen Politik und Verwaltung wider, die einer Demokratie nicht würdig ist. Der Münchner Rechtshilfefonds für Ausländerinnen und Ausländer fordert deshalb – wie schon die Landesarbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte sowie die Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten – die Rücknahme des Gäste-Erlasses. Die Gruppe Rechtshilfefonds hat eine kleine Broschüre herausgegeben, um über die Neuerungen zu informieren. Weitere Infos bei Rechtshilfefonds für Ausländerinnen und Ausländer e.V., Daiserstr. 9, 81371 München. baf



KZ Adlerwerke

Dresdner Bank muß endlich zahlen

FRANKFURT. „Wir sind nicht nach Frankfurt gekommen, um um Almosen zu bitten, sondern, um Freunde zu besuchen,“ entgegnete Wladyslaw Jarocki im Namen der ehemaligen Häftlinge des KZ Adlerwerke der Stadtverordneten Isa Petersohn auf ihre Rede beim Empfang im Römer.

Frau Petersohn schloß sich in ihrer Rede der Initiative von Tom Königs an, die Dresdner Bank, zweitgrößte Aktionärin der damaligen Adlerwerke, aufzufordern, anlässlich des Besuchs der sieben Überlebenden dieses KZs (mit einer der höchsten Todesraten), und angesichts des hohen Alters der Gäste, diesen eine Spende zukommen zu lassen. Isa Petersohn gestand auch große Versäumnisse der Stadt ein und dankte dem Verein LAGG – Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim – für die Einweihung des Gedenksteins für die 528 ermordeten KZ-Häftlinge des Lagers Katzbach/Adlerwerke auf dem Hauptfriedhof und für die Einladung der Überlebenden dieses KZs zu der Feier. Der Gedenkstein und die Feier sowie die Reise und der Aufenthalt sind nicht durch städtische Mittel, sondern durch Spender und Eigeninitiative des Vereins ermöglicht worden.

Etwa 150 Menschen nahmen am Samstag an der Einweihungsfeier auf dem Hauptfriedhof teil, die vom LAGG/ Initiative gegen das Vergessen, der IG Metall, dem DGB, der DGB-Jugend Frankfurt, dem Frankfurter Friedenstreff und der VVN veranstaltet wurde.

Aus dieser Situation heraus fordern wir die Stadt Frankfurt auf, dieses Grab in die Geschichtsschreibung der Stadt aufzunehmen, im Gallus an das KZ Katzbach/Adlerwerke durch Benennung öffentlicher Straßen und Plätze zu erinnern, die Forderung nach Einrichtung einer Gedenkstätte in den Adlerwerken und nach Entschädigungszahlung an die Überlebenden zu unterstützen.“

udi

Kongreß gegen Revanchismus in Berlin

„Tag ohne Heimat“

Mit etwa 80 Gästen gut besucht war ein Gedenkkongreß gegen den gleichzeitig stattfindenden „Tag der Heimat“ der revanchistischen Vertriebenen, zu dem ein „Komitee Tag ohne Heimat“ an die Humboldtuniversität eingeladen hatte.

Unter dem Titel „Revanchismus und deutsche Großmachtpolitik“ waren vier Referate und eine anschließende Podiumsdiskussion angekündigt. Bernhard Wagner, Mitarbeiter der bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Annelie Bunkenbach, referierte über die Vertriebenenverbände und ihre Verbindungen zum Neonazismus. Gudrun Hentges, Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, beschrieb die Kanäle und das Ausmaß der Zusammenarbeit von Bundesregierung und Vertriebenenverbänden, aber auch durch Bundesländer bis hinunter zu den Gemeinden. Heiner Möller, Journalist aus Hamburg, referierte über „Völkische Politik Deutschlands von 1920 bis heute“, und ein tschechischer Gast, Dr. Emil Hruska aus Plzen, Journalist (und Mitherausgeber der *Politischen Berichte*), über deutsche Großmachtpolitik in der Tschechischen Politik und die dortige Kritik an der deutsch-tschechischen Erklärung.

In einem Faltblatt, mit dem sie zu der Veranstaltung mobilisiert hatten, beschrieben die Veranstalter/innen ihr Anliegen und die Vorgeschichte des Gegenkongresses:

„Die ‚Vertriebenen‘ sind in der deutschen Gesellschaft fest verankert. Sie

Polnische Politik wird erst dann europäischen Ansprüchen genügen können, wenn (...) Deutsche (...) in ihrer Heimat Schlesien, Ost- und Westpreußen oder auch Pommern auch als Deutsche leben können.“

Paul Latussek, stellvertretender Vorsitzender des BdV in „Nation und Europa“ (AIB 35)



→ sind unseres Erachtens Instrumente, um die revanchistische Politik des wiedererstarkten imperialistischen Deutschlands gegenüber den Staaten Osteuropas voranzutreiben. Opfer dieser Politik werden die Menschen in den osteuropäischen Ländern sein. Doch in der Linken in Berlin interessierte dieses Thema bisher nur wenige.

Wir denken, daß eine langfristige inhaltliche Informationsarbeit und Diskussionsanlässe notwendig sind, um gegen die „Vertriebenen“-Verbände und die völkisch motivierte BRD-Politik wirkungsvoller vorzugehen. Unsere Tagung soll ein Beitrag dazu sein.

Die bisherige Teilnahme an Gegenveranstaltungen und Demonstrationen zum „Tag der Heimat“ in Berlin war trotz zahlreicher Flugblätter, Plakate und Presseveröffentlichungen nur sehr gering. Im September 1995 wurde die Gegendemonstration von der Polizei nur mit erheblichen Auflagen genehmigt. Ein Be- schallnen der Sömmeringhalle (Tagungsort des BdV) mit dem Lautsprecherwagen gelang aus diesem Grunde nicht. Zuletzt wurde die Demonstration auseinandergeprügelt. Es gab Verhaftungen und Verletzte. 1996 wurde Roman Herzog in der Halle von seinen eigenen Leuten als Vaterlandsverräter beschimpft. Vor der Halle passierte nichts.

Wir wollen diese Peinlichkeiten nicht wiederholen. Und denken, mit einer Tagung und anschließendem Konzert an diesem Tag ein politisches und kulturelles Gegengewicht zum völkisch-dumpfen „Tag der Heimat“ zu setzen.“

Auf der Abschlußveranstaltung wurde über Möglichkeiten zur Verstärkung des Widerstands gegen die deutsche Großmachtpolitik und gegen das völkisch-deutsche Staatsbürgerschaftsrecht diskutiert und die mangelnden Initiativen von PDS und Grünen, aber auch im außerparlamentarischen Raum, zur Abschaffung des deutschen „Blutsrechts“ im Staatsbürgerschaftsgesetz und im Artikel 116 des Grundgesetzes kritisiert.

Die Referate in den Einzelveranstaltungen können bei der Vorbereitungsgruppe bestellt werden (über die Antifaschistische Initiative Moabit, Postfach 210235, 10502 Berlin).

An der Vorbereitung der Tagung hatten auch Vertreter von VVN/VdA, des Bund der Antifaschisten, der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in der PDS Berlin, Leute aus der Friedenskoordination u.a. mitgewirkt. Leider gelang es nicht mehr, Abgeordnete aus dem Abgeordnetenhaus zur Veranstaltung zu gewinnen (die PDS-Fraktion hatte Klausurtagung, bei den Grünen traf die Einladung zu spät ein). Das bleibt aber wichtig, um die Förderung des „Tags der Heimat“ zu beenden. Noch immer fördert der Senat jeden „Tag der Heimat“ mit 10.000 DM Zuschuß, schickt der „Regierende Bürgermeister“ Diepgen ein Grußwort, wird die Tagungshalle dem BdV kostenlos zur Verfügung gestellt.

Zu einer Demonstration „Rechten Konzern brechen“ und „gegen rechte Gewalt“ ruft ein Thüringer Bündnis aus GewerkschafterInnen, Mitgliedern verschiedener Parteien (Grüne, SPD, PDS), antirassistischen Initiativen und jungen Antifas auf. Die Demonstration soll am 11. Oktober in Saalfeld (15 Uhr ab Bahnhof) stattfinden, einer Kreis-

stadt im Südosten Thüringens. Schon der Aufruf zu der Aktion war ein Stich in ein Wespennest. Leute aus der Lokalredaktion der Ostthüringer Zeitung warfen dem Bündnis vor, zu einer Aktion aufzurufen, ohne die örtlichen Verhältnisse zu kennen. Der Bürgermeister ergänzte, von einem großen rechtsorientierten Potential in der Gegend zu sprechen, sei

Demonstration am 11. Oktober in Saalfeld / Thüringen

„Gegen rechte Gewalt“

Wir fordern:

- Keine Verharmlosung rechter Gewalt in Saalfeld und anderswo!
- Kein nationales Jugendzentrum in Saalfeld!
- Keine Duldung und Förderung rechter Strukturen durch Staat und Gesellschaft!
- Stop der Kriminalisierung antifaschistischer und antirassistischer Menschen und Initiativen!
- Für den Erhalt des Saalfelder Klubhauses der Jugend!

Die Entwicklung der faschistischen Szene im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt

Einige Beispiele:

- Am 17. August 1992 marschieren etwa 2.500 Neofaschisten zum Gedenken an Rudolf Heß ungehindert und mediawirksam durch Rudolstadt.
- Vom 11. bis 13. Juni 1993 halten die Vereine „Deutsches Kulturwerk europäi-

schen Geistes“, der „Freundeskreis Ulrich van Hutten“ und die „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.“ nahe Saalfeld, im Schutz von Polizei und Wiking-Jugend, mit Genehmigung des Landrates Pfeiffer ein Treffen ab.

- Am 30. April 1994 treffen sich etwa 150 Faschisten aus dem gesamten Bundesgebiet zur Walpurgisnacht am Ortsausgang Saalfeld. Zwei Wochen später, am 14. Mai, findet in Rudolstadt ein angemeldetes und genehmigtes Konzert mehrerer Fascho-Bands statt, welches bundesweit etwa 350 Neonazis anzieht.
- Während am 8. Mai eine Kränznerlegung von etwa 150 Antifas in Rudolstadt durch die Polizei massiv angegriffen wird und es zu mehreren Festnahmen kommt, gelingt es Neofaschisten mittels einer Bombenattrappe fast, die Gedenk-

TON Gegen die zunehmende Angleichung von Unions- und SPD-Positionen
Ö in Sachen „innere Sicherheit“, vor allem gegen die damit verbundene weitere Hetze und Diffamierung von Ausländern, denen gleichzeitig alle staatsbürgerlichen Rechte weiter vorenthalten werden, regt sich Kritik. Am 5. September beriet der Bundesrat auf Antrag der bayerischen CSU über eine „Entschließung zur inneren Sicherheit“, die die CSU unter direkter Berufung auf die ausländerfeindlichen Ausfälle von SPD-Ministerpräsident Schröder eingefügt hat. Einen Tag vorher kritisierte der migrantInnenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Giyasettin Sayan, die darin enthaltenen Positionen der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD:

Gegen Geschäfte mit Law & Order

Auf Antrag der bayerischen Staatsregierung befaßt sich morgen der Bundesrat mit einer „Entschließung zur inneren Sicherheit“. Dieser Antrag liest sich wie ein Pawlowscher Reflex von Law & Order-Fetischisten. Kriminelle Ausländer – abschieben. Gefährliche Jugendliche – wegsperrn. Polizei – ausbauen, hegen & pflegen.

Ein ernsthaftes Interesse an der Zurückdrängung und Vermeidung der zweifellos beunruhigenden Kriminalität ist diesem Ansatz jedoch nicht zu konzedieren. Es geht um rein machtpolitisches Geschäft.

Ausländer und Jugendliche werden immer mehr zu einem gesellschaftlichen Feindbild und zu Sündenböcken einer Politik stilisiert, die immer weniger von ihnen eine Zukunft zu bieten hat. Es geht auch im Kern nicht darum, daß es nicht genügend Möglichkeiten gibt, MigrantInnen, die schwere Straftaten verübt

haben, abzuschieben, dazu weist das Ausländergesetz ein umfassendes Instrumentarium auf.

Es geht vielmehr darum, den Resozialisierungsanspruch der geltenden Strafrechtspraxis für eine ganze Bevölkerungsgruppe, nämlich die hier lebenden MigrantInnen, weitgehend abzuschaffen. Ähnliches gilt für Teile der Jugend.

Seit sich Gerhard Schröder als Türöffner für den Weg in die Disziplinar- und Kontrollgesellschaft angeboten hat, hat das politische Geschäft mit Law and Order neue Konjunktur. Der Verlierer dieser Politik wird das demokratische Gemeinwesen sein.

Der Senat verletzt mit seiner Zustimmung zu dieser Initiative der Interessen der Stadt. Die Berliner SPD zeigt sich mit ihrer Zustimmung zu dem bayerischen Vorstoß im Bundesrat offensichtlich auf Schröder-Linie.

(Pressemittg. des Abgeordneten v. 4. Sept. 1997)

eine „Unwahrheit“. Gleichzeitig gingen bei einem Verantwortlichen des Bündnisses telefonische Morddrohungen ein. Inzwischen rufen neofaschistische Kreise zu einer Gegenkundgebung auf. Hier Auszüge aus dem Aufruf und eine Übersicht über die Entwicklung der faschistischen Szene in Saalfeld/Rudolstadt

feierlichkeiten am antifaschistischen Mahnmal in Saalfeld im wahrsten Sinne des Wortes zu sprengen. (10. Sept. 1995).

- Im August 1995 treffen sich 70 Neofaschisten aus der Region auf dem Rudolstädter Volksfest und können dort ungehindert Straftaten wie „Körperverletzung“ begehen, Parolen skandieren und Propagandamateriel zur Rudolf-Heß-Woche verteilen. Dies wiederholt sich 1996 ähnlich, wobei die Polizei, statt das Nazitreffen aufzulösen, gegenüber den Antifas Platzverweise erteilt.

- Im September 1996 besetzen etwa 40 Neofaschisten ein altes Fabrikgebäude in Saalfeld, welches von der Polizei schließlich geräumt wird, aber den Anstoß für eine Kampagne zu Gunsten eines „Nationalen Jugendzentrums“ bildet. Gleichzeitig bildet sich um den Kontaktmann der Anti-Antifa Ostthüringen und Anmelder verschiedener Rudolf-Heß-Demos und besagten Fascho-Konzertes, Tino Brandt, der Deutsche Freundeskreis (DFK). Dessen Betätigungsfeld liegt hauptsächlich in der Rekrutierung und Vernetzung national gesinnter Jugendlicher im Landkreis.

- Oktober 1996: Nach langen Debatten im Stadtrat bekommen junge Rechte von der Stadt einen ausrangierten Bus als Treff gestellt.

- 1997 verstärken die Neofaschisten Gewaltakte gegen Ausländer und mißliebige Menschen. Außerdem kann man eine zunehmende Verknüpfung von Faschos mit Dealern und der Zuhälterzene bemerken, so versucht etwa der Faschist Marcel Biehl eine Nachtbar mit Animierbetrieb vom Stadtrat Saalfeld genehmigen zu lassen.

- Im Juli 1997 wurde im Saalfelder Stadtteil Gorndorf, einer Hochburg rechtsextremer Aktivitäten, ein Jugend- und Stadtteilzentrum eröffnet. Wir erwarten, daß neofaschistischen „Führern“ der Zugang versperrt und Konzepte entwickelt werden, die geeignet sind, rechtem und rassistischem Gedankengut entgegen zu wirken!

Keine Duldung faschistischer Zentren!

Zur Demonstration rufen auf: LAG AntiFa/Antirassismus Thüringen; GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus Thüringen; Antifa Saalfeld/Rudolstadt/Ilmenau; Projektwerkstatt Neustadt; Bund der AntifaschistInnen (BdA) Thüringen; Steffen Dittes, PDS MdL, PDS KV Saalfeld; Gewerkschaft ÖTV Kreisverwaltung Jena; Bündnis 90/Die Grünen Saalfeld; Gewerkschaft IGM Jena-Saalfeld und Gera; Gewerkschaft hbv, Bezirksverwaltung Jena und Gera; DGB Jugend/ran e.V. Thüringen; DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., DGB-Kreis Ostthüringen; DGB-Regionalkartell; Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen; DGB-Kreis Mittelthüringen.

VOLKSHOCHSCHULE: Frankfurt a.M. Nachdem die Grüne Schuldezernentin einst mit den Forderungen nach

„Enthierarchisierung“ und „Demokratisierung“ bei der VHS angetreten war, weiß sie sich inzwischen mit SPD und CDU einig in dem Bestreben, die VHS „in eine flexiblere, professionellere und marktorientiertere Rechtsform“ umzuwandeln. Dies soll ermöglichen, den städtischen Zuschuß von bislang 20 Mio. auf 15 Mio. DM zu reduzieren. Die GEW sieht darin einen massiven Rückzug der Stadt aus der finanziellen Grundversorgung für kommunale Weiterbildung: „Angebote für sozial Benachteiligte werden kippen, alle Angebote, die nicht dem Arbeitsmarkt direkt funktional sind, wie politische und kulturelle Bildung, werden ums Überleben kämpfen müssen.“ Entsprechend ist auch von einer früher vorgesehenen Beteiligung von VHS-Amtsleitung und Personalrat, geschweige denn den betroffenen Mitarbeitern bei der Umsetzung keine Rede mehr.

WASSER/ABWASSERGEBÜHREN: Eberswalde. In einem Offenen Brief an die brandenburgische Landesregierung hat die Stadtverordnetenversammlung gefordert, die nach dem Kommunalabgabengesetz nötige drastische Gebührenerhöhung um 20% für Trinkwasser und 80% für Abwasser durch Landeszuschüsse abzuwenden. Infolge des Zusammenbruchs ganzer Industriezweige und der dünneneren Siedlungsstruktur sind die Verbrauchszahlen stark rückläufig und die riesigen Investitionen für die vom Land geforderten zentralen Kläranlagen können von den Zweckverbänden nur um den Preis einer Gebührenexplosion getragen werden. „Das Kostendreieck Gebühren-Beiträge-Umlagen ist für uns endgültig ausgereizt und muß dringend zum Rechteck Gebühren-Beiträge-Umlagen-Landeszuschüsse umfunktioniert werden“.

KRIMINALITÄT: Hannover. Als erste Stadt hat Hannover den Vorschlag von Innenminister Kanther aufgegriffen, in Modellversuchen Einheiten des Bundesgrenzschutzes zur Kriminalitätsbekämpfung in die Städte zu schicken. Auf einem CDU-Kongreß in Hamburg hatte Kanther angeregt, nach US-Vorbild Gewalt und Kriminalität mit einem gemeinsamen „Sicherheitsnetz“ in deutschen Großstädten zurückzudrängen.

ARMUTSBERICHT: Augsburg. Im zweiten Armutsbericht für Augsburg heißt es: „Nach Vorlage des ersten Armutsberichtes für Augsburg im Juni 1995 hat sich die soziale Situation auch in Augsburg weiter verschlechtert. Tatsache ist, daß die Arbeitsplatzverluste den Arbeitsamtsbezirk Augsburg deutlich stärker

trafen als andere Regionen in Bayern oder im westlichen Deutschland. – Steigende Zahlen bei den Sozialhilfeempfängern, eine Zunahme der Arbeitslosen, eine Zunahme der Klienten bei den Schuldnerberatungsstellen belegen, daß Armut auch in Augsburg zugenommen hat und das Armutsrisko auch die Mittelschicht erfaßt.“

RASSISMUS: Essen. Nach einer Umfrage des Anti-Rassismus-Telefons haben 89% der befragten Essener und Essenerinnen aus mehr als 40 Kulturen in einem oder zumeist mehreren Lebensbereichen Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung, Benachteiligung oder mit fremdenfeindlicher Gewalt gemacht. Dabei zeigt sich, daß ein Mensch um so mehr Diskriminierungserfahrungen macht, je dunkler seine Hautfarbe ist, je „fremder“ er aussieht. Das Interkulturelle Solidaritätszentrum Essen fordert die Abschaffung aller juristischen und sozialen Hindernisse für das gleichberechtigte Zusammenleben, wie sie z. B. durch Ausländergesetze und Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen wurden, sowie die Förderung des interkulturellen Dialogs.

KOMMUNALE ARBEITSÄMTER? Düsseldorf. Der Deutsche Städtetag hat sich gegen die Übertragung der Arbeitsverwaltung auf die Städte ausgesprochen. Nötig sei, die Nachfrage nach Arbeit durch wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente zu steigern und den zweiten Arbeitsmarkt auszuweiten, weil es besser sei, Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe müßten angeglichen werden und die Zusammenarbeit von Arbeitsverwaltung und Sozialämtern auf eine institutionelle Grundlage gestellt werden. Arbeitslosenhilfeempfängern müßten ebenso wie arbeitslosen Sozialhilfeempfängern Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden.

VOLKSENTSCHEID: Coburg. Eine klare Absage erhielt am 14.9. das 3,6 Mio. DM teure Straßenprojekt des Landkreises Coburg. Im Bürgerentscheid stimmte die Mehrheit für die Alternativlösung im Volumen von 600.000 DM. Der SPD-Landrat Zeitler wollte ganz schlau sein und behauptete, er könne noch drei Tage vor dem Bürgerentscheid Bauaufträge vergeben, da das jüngste Urteil des Verfassungsgerichtshofs das ja nun erlaube. Mit einer einstweiligen Anordnung untersagte dies aber das VG Bayreuth bei laufender Kreistagssitzung. CSU und SPD beschlossen trotzdem, daß der Bürgerentscheid unzulässig sei. Dies und die Beschwerde des Landrats wies der Verwaltungsgerichtshof in München gerade noch rechtzeitig ab.

Zusammenstellung: ulj, baf

ALTERSTEILZEIT:

Obwohl sowohl die IG Metall als auch die Verhandlungsführer der Unternehmer vor den Verhandlungen über die Altersteilzeit, diesmal in Offenburg für den Tarifbezirk im Süden von Baden-Württemberg, erklärt hatten, sie wollten sogenannte „Extrempositionen“ aufgeben, sind die Verhandlungen jetzt gescheitert. Die IG Metall kündigt an, daß sie streiken will; falls es keine neuen Gespräche gibt, könnte ab Mitte Oktober eine Urabstimmung laufen.

Streitpunkt ist vor allem die Verbindlichkeit einer Tarifregelung: die Kapitalisten wollen die Einführung von Altersteilzeit ins Belieben jeder Firma stellen; die IG Metall will – so war jetzt als Kompromißlinie wohl angeboten – wenigstens eine gewisse Allgemeinverbindlichkeit, nicht zuletzt aus grundsätzlichen Erwägungen über die Bindungskraft von Tarifverträgen.

Ob die demonstrativ zur Schau gestellte Zuversicht der IG-Metall-Spitze bezüglich „überwältigender Zustimmung“ in einer Urabstimmung berechtigt ist, soll jetzt mit Warnstreiks und betrieblichen Aktionen ausgetestet werden.

Das Interesse in den Belegschaften ist häufig recht differenziert: In den Altersbereichen, wo die Rente schon langsam greifbar wird, ist das Interesse an der Frage Altersteilzeit groß. Für alle Männer, die nach dem Dezember 1936 geboren sind, wird das Rentenalter in Stufen bis auf 65 Jahre erhöht. Bei den Frauen für alle, die nach dem Dezember 1939 geboren sind. Kaum jemand in diesem Personenkreis will oder kann die verlängerte Lebensarbeitszeit hinnehmen. Hier gibt es ein starkes Interesse an geregelten Möglichkeiten des Ausscheidens zu akzeptablen Bedingungen. Bei Jüngeren ist die Aufmerksamkeit allerdings noch deutlich geringer.

Unübersichtlich ist die Lage im Verband der Metallindustrie bzw. bei Gesamtmetall. Dem Vernehmen nach drängen die großen Konzerne auf eine Regelung, während kleinere und mittlere Firmen Tarifregelungen mit verbindlichen Ansprüchen der Beschäftigten ablehnen.

Der IG-Metall-Bezirksleiter Zambelli meinte, die Verhand-

lungsführer im Südwesten hätten wohl abgeschlossen, aber der Arbeitgeberverband Gesamtmetall habe sie „zurückgepfiffen.“ Diese Widersprüche brachte zum Beispiel den Kommentator des *Handelsblatts* zu der Einschätzung, daß die IG Metall einen Streik wohl gewinnen könnte; daß aber die Tarifflucht dann offen und verdeckt noch massiv wachsen würde. Auch ein Wink mit dem Zaunpfahl für Unternehmen, die sich bislang noch einigermaßen an Tarife halten?

Mit jeder neuen Tarifregelung wird auch über die künftige Gestalt des Tarifwesens selber entschieden.

BETRIEBSRATSWAHL BEI HOECHST AG:

In den Werken der im Juli in eine „Management-Holding“ umgewandelten ehemaligen Hoechst AG finden im Herbst Betriebsratswahlen statt. Die Gemeinsame Liste Standort/Forum hat bei den Nachfolgefirmen Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH, Werk Höchst, Clariant GmbH, Werk Höchst, und Celanese GmbH, Werk Höchst, KandidatInnen aufgestellt. Standort/ Forum konkurriert u.a. mit der Liste der IG Chemie. Wir zitieren aus einem Artikel der letzten Betriebszeitung (6/97), der sich mit den möglichen Folgen der Zergliederung der AG vor dem Hintergrund des neuen Tarifvertrages befaßt. „Bereits im letzten Flugblatt 5/97 berichteten wir über den neuen Tarifvertrag, in dem ein „Entgeltkorridor“ vereinbart wurde. Damit haben die IG Chemie und DAG dem Arbeitgeber Tür und Tor für Entgeltkürzungen bis zu 10% geöffnet. Die Voraussetzungen: Schreibt ein Unternehmen der chemischen Industrie rote Zahlen beim Betriebsergebnis, oder ist es der Meinung, seine Konkurrenzfähigkeit sei gefährdet, kann es mit dem jeweiligen Betriebsrat über Entgeltkürzungen bis zu 10% verhandeln. Das Betriebsergebnis der Hoechst AG wies 1993 Verluste von 217 Millionen DM aus, das des Konzerns ein Plus von 1,476 Milliarden DM. Statt die Umstrukturierungen aus den Rücklagen zu finanzieren, hatte man sie aus dem laufenden Geschäft bezahlt. Das negative Ergebnis für die AG war also gewollt. Hätte ein Tarifvertrag



Entgegen anderslautenden Presseberichten liegt seitens der Kapitalisten im Tarifkonflikt im Einzelhandel weiterhin kein Angebot vor. Auch am 25. August waren die Kapitalisten nicht bereit, über die von der hbw geforderte Anhebung von Löhnen und Gehältern in der ganzen Stadt zu verhandeln, auch nicht über die weitere Sicherung der vollen Lohnfortzahlung. Die hbw fordert u.a. 3.300 DM brutto für die Verkäuferin/den Verkäufer, die Sicherung der vollen Lohnfortzahlung, eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen, Beschäftigungssicherung plus Sicherheitstarifvertrag. Am 9. September wird weiter verhandelt, schon vorher will die hbw weitere Kampfmaßnahmen beraten.

(rül, Bild: Streik im KaDeWe-Lager im August)

mit Entgeltkorridor damals bereits gegolten, hätte die Hoechst AG mit dem Betriebsrat Entgeltkürzungen vereinbaren können! A. Weber (Betriebsratsvorsitzender, IG Chemie, die Red.) und seine Gefolgschaft hätten sicher kein Problem gehabt zuzustimmen, so wie sie in der Vergangenheit der züglichen Arbeitsplatzvernichtung zugestimmt haben. Als Folge der Zerschlagung der Hoechst AG in viele mehr oder weniger große Einzelunternehmen ist die Gefahr von negativen Betriebsergebnissen für diese massiv gestiegen, da sie in den nächsten Jahren noch mit erheblichen Kosten für die Umstrukturierungen belastet werden. Es muß damit gerechnet werden, daß bei den ausgliederten Firmen die Arbeitgeber behaupten werden, das Betriebsergebnis sei negativ oder die Konkurrenzfähigkeit sei gefährdet und deshalb seinen Entgeltkürzungen notwendig. Die Beschäftigten brauchen also Betriebsräte, die bei behaupteten negativen Betriebsergebnissen oder angeblich schwacher Konkurrenzfähigkeit nicht gleich in die Knie gehen und sich über den Tisch ziehen lassen. A. Weber ist bestimmt nicht einer dieser

Betriebsräte. Er hat bereits öffentlich angekündigt, die Wünsche nach Lohnkürzungen zu erfüllen. IG-Chemie-Vertreter Weber kündigte für die Situationen, in denen der Verkauf eines Unternehmens drohe, weil es nicht ausreichend gewinnbringend arbeite, bereits Entgegenkommen an: „In besonderen Lagen waren wir schon immer für Nullrunden oder befristete Gehaltssenkungen zu gewinnen“ (FAZ, 3.7.97) ...“

STREIK BEI SPEDITION: Die Beschäftigten der Spedition Nagel in Hamburg haben am 3. September für zweieinhalb Stunden die Arbeit niedergelegt und damit den ersten Streik in der Geschichte des Hamburger Güternahverkehrs durchgeführt. Die Firma will 20% weniger Lohn für bestimmte Berufsanfänger zahlen und für 1,5% mehr Lohn drei Urlaubstage streichen. Ein LKW-Fahrer fängt mit 16,40 DM brutto die Stunde an und kriegt nach einem Jahr ganze 17,00 DM. Lagerarbeiter verdienen zwischen 15,25 und 16,15 DM. Die ÖTV fordert 60 Pfg mehr für alle und 100% Lohnfortzahlung.

Zusammenstellung: alk

Aktionen gegen Verkauf des Zweiradbereichs

Die Betriebsversammlung am Montag, den 8. September, an der ca. 4000 Beschäftigte teilnahmen, mußte nach fünf Stunden unterbrochen werden und wurde am Dienstag über erneut fünf Stunden fortgesetzt. An beiden Tagen formierten sich vom Werk Süd / Entwicklungszentrum und vom Werk II zwei Demonstrationszüge hin zur Versammlung und wieder zurück. An beiden Tagen wurden die vom Verkauf bedrohten Beschäftigten des Nabenaus unter stehendem Applaus im Sachs-Casino begrüßt. Die einhellige und sich im Verlauf der beiden Tage verstärkende Ablehnung des geplanten Verkaufs ist um so bemerkenswerter, als der Vorstand versuchte, mit einer ausgesprochenen Spaltungstaktik Anhängerschaft für den Verkauf zu mobilisieren.

Der Vorstand schaute quasi an den Beschäftigten des Zweiradbereichs, die in den vorderen Reihen direkt hinter dem Management saßen, vorbei, wandte sich an die Beschäftigten der anderen Bereiche und versprach ihnen eine glänzende Zukunft durch Konzentration auf das Automobilgeschäft. Wenn der Verlustbringer Zweiradkomponenten erstmal abgestoßen sei, könnten die Investitionen auf das „Automotive“-Geschäft konzentriert werden, wo man über Jahre hinweg mit hohen Zuwachsrate rechne.

„Wir lassen uns nicht durch zweistellige Umsatzsteigerungen blenden, wir wissen aus Erfahrung, daß die Konjunktur auch wieder nachläßt, wir wissen, daß eine „glänzende Zukunft“ des Automotive Bereichs nicht dasselbe bedeuten muß für den Standort und nicht für die Produktionsarbeiter in diesem Bereich“, wurde dem Vorstand geantwortet. „Heute Ihr morgen wir!“

Die Forderungen der Belegschaft und des Betriebsrats faßte der Betriebsratsvorsitzende am Ende des Versammlungsmarathons so zusammen: „Wir fordern: der Vorstand darf sich nicht aus der Ver-

antwortung stehlen für die 450 Beschäftigten im Zweiradbereich in Schweinfurt und nicht für die 850 in den ausländischen Werken! Wir fordern: Standortgarantien: Der Zweiradbereich muß in all seinen Funktionen (Produktion, Vertrieb, Entwicklung, usw.) erhalten bleiben! Wir fordern Beschäftigungsgarantie, die Anerkennung von Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Besitzständen, wie Werksrente. Wir fordern, daß der Zweiradbereich bei Sachs bleibt. Und wenn das nicht mehr möglich ist, muß Sachs zur Absicherung dieser Forderungen eine ausreichende Beteiligung am neuen Zweiradwerk übernehmen. Wir rufen dem Vorstand zu: Halt! Hiergeblieben! Partnerschaft ja, Ausverkauf nein!“

Schweigens in der Versammlung unter massiven Druck. Von der viel gepflegten Unternehmenskultur blieb ein Scherbenhaufen übrig. Interessanterweise wurden dem Vorstand die sonst immer von ihm selbst vorgebrachten Argumente um die Ohren geschlagen:

„Lasst uns gemeinsam die im Zweiradbereich in den letzten Jahren eingeleitete Wende zum Erfolg führen, mit Kreativität, Sachverstand und neuem Schwung. Das Know how und die Kompetenz der Arbeitnehmer sind dafür vorhanden.“

Daß der Vorstand dagegen ohne schlüssige Begründungen auf dem Verkauf beharrte, verdeutlichte, daß für ihn nur eins zählt, Umsetzung der beschlos-



Zusätzlich forderte der Betriebsrat eine Anerkennungsprämie für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens (zweistellige Wachstumsraten beim Umsatz, ...).

Mit diesem Ablauf und Ausgang der Versammlung hatte der Vorstand gewiß nicht gerechnet, bei all seinen Stellungnahmen rührte sich keine Hand zum Beifall, streckenweise gingen seine Beiträge in Pfeifkonzerten und Buhrufen unter, insbesondere auch das Management des Zweiradbereichs geriet ob seines

senen Konzentration auf das Automobilzuliefergeschäft, von der Mannesmann sich die Realisierung von 15–20-prozentigen Gewinnraten verspricht.

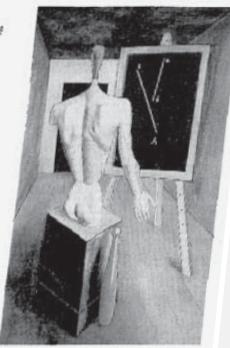
Die Chancen, daß die sture Umsetzung dieses Unternehmenskonzepts in den anstehenden Verhandlungen um einen Interessenausgleich in den nächsten Wochen gekippt werden kann, erscheinen trotzdem gering. Das Mannesmann-Management ist für rücksichtslosen Vollzug von Beschlüssen bekannt.

aus nachrichten&standpunkte

Zielvereinbarungen

**Chance?
Oder Knechtung?**

Neue
Vereinbarung
für
innova-
tions-
orientiert
und
in
wachsende
Büros



Neue Broschüre

Aus dem Vorwort:

Bei „Zielvereinbarungen“ handelt es sich um eine Führungsmethode, die in den letzten Jahren in vielen Unternehmen – vor allem in Großkonzernen – in Mode gekommen ist. Die Beschäftigten sollen gemeinsam mit ihren Vorgesetzten aus vorgegebenen strategischen Unternehmenszielen Ziele für ihre unmittelbare Arbeit ableiten und diese dann schriftlich vereinbaren. Mit Zielvereinbarungen werden Leistungs-, Verhaltens- oder Projektziele festgelegt, die Mitarbeiter innerhalb einer zuvor bestimmten Frist zu erreichen

haben. Bislang gibt es innerhalb der IG Metall keine einheitliche Bewertung dieser Führungsmethode. Um zu klären, wie gewerkschaftliche Reaktionen auf Zielvereinbarungen aussehen könnten, haben sich in der Münchner Verwaltungsstelle der IG Metall Mitglieder des Angestellten-Ausschusses und des Arbeitskreises Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler zusammengetan und diese Broschüre erstellt. Es kommen Kolleginnen und Kollegen zu Wort, die bereits auf Zielvereinbarungen reagieren mußten und in ihren Beiträgen darstellen, wie ihre Haltung zu dieser Führungsmethode zustande gekommen ist und welche Erfahrungen sie damit gemacht haben.

Abgerundet wird die Broschüre mit zwei philosophischen Beiträgen, in denen es darum geht zu begreifen, welche Gründe die aktuellen Umbrüche in den Betrieben haben, die eine Managementmethode wie Zielvereinbarungen überhaupt erst möglich machen, und welche Konsequenzen sich daraus für Gewerkschaftspolitik ergeben.

Bezug: Die Broschüre (40 Seiten A4) ist erhältlich bei IG Metall Verwaltungsstelle München, Schwanthalerstr. 64, 80336 München oder bei GNN Verlag Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/624701, Fax: 0711/621532. Sie kostet 5DM+1,50 DM Porto. Bei Einzelbestellungen Betrag bitte in Briefmarken.

„Wir stehen wieder auf“ – Der Streik bei UPS

Am 8. September führte Radio Z, ein Alternativradio in Nürnberg, ein Gespräch mit David Bacon über den Streik bei UPS in den USA (aus Platzgründen gekürzt).

Welche Ziele hatte der Streik, wie ist er verlaufen?

Es war ein sehr gut vorbereiteter Streik. Die Teamsters hatten Monate vorher mit den Mitgliedern, die bei UPS arbeiten, diskutiert, ob und wie gestreikt werden sollte. In diesem Diskussionsprozeß wurden auch genaue Ziele und Forderungen des Streiks festgelegt. Umfragen unter Mitgliedern wurden durchgeführt und eine Menge Diskussionsstreffen abgehalten. Die grundlegende Forderung, die dabei herauskam, war, UPS zu zwingen, mehr Vollzeitstellen zu schaffen, denn 55% der gewerkschaftlich Organisierten bei UPS haben nur Teilzeitjobs. 185 000 Gewerkschaftsmitglieder arbeiten bei UPS, aber nur die Minderheit hat feste Vollzeitjobs. Außerdem hatte UPS gefordert, den Pensionsfonds der ArbeiterInnen von der Gewerkschaft übertragen zu bekommen, um ihn künftig für die ArbeiterInnen zu verwalten. Doch die ArbeiterInnen erwiesen sich sehr resistent gegen diese Idee, weil nämlich die Firma nach den Bundesgesetzen für Renten Geld aus den Pensionsfonds hätte erhalten können, wenn er bestimmte Summe überschritten hat. Sie hätten die Pensionskasse der ArbeiterInnen einfach leer können!

Kannst du uns ein wenig über die Teamster-Gewerkschaft erzählen?

Die Teamsters haben etwa 1,4 Millionen Mitglieder in den USA und Kanada. Das ist etwas weniger als der Höhepunkt, den die Gewerkschaft zu ihren Spitzenzeiten in den 70ern hatte, als etwa 1,8 Millionen Menschen zu den Teamsters gehörten. Wie alle US-Gewerkschaften hatten auch die Teamsters mit einem Rückgang zu kämpfen, bedingt durch die fortschreitende Rationalisierung, daß Firmen immer weniger Arbeiter einstellten, die Profite maximieren, und andererseits immer mehr Produktion von den USA ins Ausland verlagerten.

Die Teamsters arbeiten in verschiedenen Industriezweigen und Jobs. Anfangs waren die Teamsters die Gewerkschaft für LKW-FahrerInnen. Aber mit den Jahren expandierten die Teamsters und wurden zur allgemeinen Transportarbeitergewerkschaft und auch im Nahrungsmittelbereich aktiv.

In einem großen Teil der deutschen Medien wurde der Teamsters-Streik als begrenzter Erfolg gewertet. Vor allem wurde dort behauptet, daß die Streikenden dem Unternehmen derartig geschadet hätten, daß es für zahlreiche Teamster nun keine Beschäftigung mehr gäbe...

Das ist ein falsches Bild vom Ergebnis des Streiks. Zu allererst hat die Gewerkschaft sich in allen Punkten durchsetzen können, alle Teamster-Forderungen wurden erfüllt. UPS wurde gezwungen, 10 000 neue Vollzeitstellen zu schaffen. UPS wurde gezwungen, die Löhne der TeilzeitarbeiterInnen entscheidend zu erhöhen. Heute verdient ein Teilzeitarbeiter bei UPS durchschnittlich 11 Dollar die Stunde, aber in den nächsten fünf Jahren, für die der Vertrag gilt, werden die Löhne auf 14 bis 15 Dollar ansteigen. Andere Arbeiter erkämpften auch gleichzeitig Lohnerhöhungen. Die Forderung von UPS, den Pensionsfonds zu übernehmen, konnte abgewehrt werden. Die Pensionskasse bleibt in den Händen der Gewerkschaft. Also hat sich doch die Gewerkschaft in den entscheidenden Punkten durchgesetzt. Auch eine Ausdehnung des Subunternehmertums konnte verhindert werden, was bedeutete, daß die Firma Arbeiten auslagerte, die bisher Gewerkschaftler geleistet hatten, um sie anderen Firmen zu übergeben, in denen die ArbeiterInnen nicht gewerkschaftlich organisiert waren und viel schlechter bezahlt wurden.

Die Gewerkschaft hat sich in allen Punkten durchsetzen können, alle Teamster-Forderungen wurden erfüllt.

Während des Streiks versuchte UPS, die ArbeiterInnen einzuschüchtern und behauptete, daß durch den Streik Aufträge verloren gingen und hinterher nicht mehr so viele Jobs zur Verfügung stünden wie vorher. Sie drohten damit, 15 000 ArbeiterInnen zu feuern. Aber als der Streik vorbei war, sah sich UPS gezwungen, alle Streikenden wieder einzustellen. Die Firma konnte nach Ende des Streiks sogar einen Zuwachs an Aufträgen verbuchen, das Geschäft floriert. Andere Firmen, deren Lieferungen während der zwei Streikwochen in Verzug gerieten waren, brachten ihre Waren wieder in Massen zu den UPS-Terminals, damit sie ausgeliefert wurden. Das Geschäft stieg sogar sprunghaft an. Es wurde also niemand aufgrund des Streiks entlassen, eher im Gegenteil.

Die Arbeitsbedingungen bei UPS sind berücksichtigt.

Ja, die Arbeitsbedingungen bei UPS sind sehr schwierig. Die Tatsache, daß so viele nur Teilzeit arbeiten, stellt viele ArbeiterInnen vor ökonomische Probleme. Es ist sehr schwer, zum Beispiel eine Familie zu ernähren, wenn man nur 11 Dollar als Teilzeitkraft die Stunde ver-

dient, wenn man nur etwa 20 bis 25 Stunden in der Woche arbeitet. Das Geld reicht hinten und vorn nicht, vor allem für Familien. Entsprechend gaben auch viele Teilzeitkräfte an, neben ihrer Arbeit bei UPS noch staatliche Sozialhilfe beziehen zu müssen, weil ihr Einkommen zu niedrig ist. Ein anderes Problem für UPS-ArbeiterInnen ist das Heben und Tragen von schweren Paketen. Die Firma hat vor drei Jahren begonnen, von den Fahrern zu verlangen, daß sie Pakete heben, die 75 Kilo wiegen. In diesen Verhandlungen wollte UPS sogar durchsetzen, daß es überhaupt keine Höchstgewichtsgrenze mehr gibt. Sie wollten das Recht haben, die ArbeiterInnen zu zwingen, alles zu schleppen, was UPS bestimmt. Auch dieses Ansinnen wurde abgewehrt. Trotzdem ist es natürlich ein körperlich sehr harter Job. Viele Fahrer und Arbeiter in den UPS-Terminal haben Probleme mit dem Rücken und den Schultern. Außerdem kommt es zu ziemlich vielen Unfällen, besonders in den Lagerhallen und Terminals, weil es dort beim Sortieren der Pakete viele schnell eingestellte Fließbänder gibt. Menschen haben daher schon Finger und Hände verloren...

Der Ökonom Stephen Roach malte die Wiederkehr der Inflation an die Wand und fürchtet, die Arbeiterklasse könne nun beginnen, nach Jahren der Stagnation ihren Anteil am Boom der US-Wirtschaft einzufordern. Welche Bedeutung hat deiner Meinung nach der UPS-Streik?

Nun, tatsächlich ist die Inflation in den USA momentan niedrig. Ich denke, daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß der UPS-Abschluß zu einem Preisanstieg führt. Aber er hat doch einen großen Einfluß auf andere Arbeiter. Es gibt viele Millionen von TeilzeitarbeiterInnen in den USA. In ihren Augen ging es bei dem UPS-Streik um die gleichen Probleme, die sie selbst auch haben. Man könnte also sagen, daß die Teamsters auch für sie gekämpft haben. Das machte den Streik so populär. Umfragen während des Streiks ergaben, daß eine Mehrheit von 55 bis 60% der Menschen den Streik unterstützen. Diese Umfragen wurden von den kommerziellen Medien durchgeführt, die nun wirklich nicht gewerkschaftsnah sind! Nur eine Minderheit nahm die Position von UPS ein. Das lag in dem Kampfziel der ArbeiterInnen begründet, die Teilzeitarbeit zu beenden. Sehr viele Menschen arbeiten Teilzeit und haben dadurch dieselben Probleme, das schafft Sympathie. Die Tatsache, daß dieser Streik gewonnen wurde, könnte andere ArbeiterInnen ermutigen, Gewerkschaften anders zu betrachten, nämlich als Mittel, um das Problem der Teilzeitarbeit zu lösen. Ich denke, daß auch andere Gewerkschaften den UPS-

Streik beobachtet haben und angeregt wurden, mehr ArbeiterInnen zu organisieren. Sie ziehen Schlüsse aus dem Teamsters-Erfolg, und eine der wichtigsten Lektionen ist, daß es in den USA immer noch möglich ist, einen Streik zu gewinnen.

Die Tatsache, daß dieser Streik gewonnen wurde, könnte andere ArbeiterInnen ermutigen, Gewerkschaften anders zu betrachten.

In den letzten zehn, fünfzehn Jahren wurden die Gewerkschaften hier zu sehr vielen großen Streiks gezwungen, die sie führen mußten und sich nicht selbst ausgewählt haben. Die Firmen stellten einfach so unglaubliche Forderungen, daß es keine anderen Alternativen zum Streik gab. In diesen Situationen waren die Arbeitgeber auf Streiks sehr gut vorbereitet, sie hatten Ersatzleute zur Verfügung, Streikbrecher standen bereit, ebenso natürlich die Polizei und Regierungsleute, um gegen die Streikenden zu wettern und die Firmen zu unterstützen. Und das war alles schon bestens organisiert, ehe ein Streik überhaupt begonnen hatte! Wenn dann die Gewerkschaft zu streiken begann, führte das in vielen Fällen zur Zerstörung der Gewerkschaften.

Ganz anders im Fall von UPS. Auf diesen Streik war die Gewerkschaft viel besser vorbereitet als die Firmenleitung. Sie hatte ihre Reihen fest geschlossen, die Menschen wußten Bescheid und allen war deutlich, wofür sie kämpften. Auch die Öffentlichkeitsarbeit während des Streiks war gut durchdacht. All dies zeigt: Wenn Gewerkschaften in die Offensive gehen, wenn sie für populäre Ziele kämpfen, mit denen die Öffentlichkeit sympathisiert, dann kann eine Gewerkschaft erfolgreich streiken und gewinnen. Streiks müssen keine Schlachten sein, in denen Gewerkschaften und ArbeiterInnen immer verlieren!

Wie stark ist eigentlich der linke Flügel innerhalb der Gewerkschaft?

Ich denke, die größte linke Strömung innerhalb der Teamster-Gewerkschaft sind die „teamsters for a democratic union“. Diese Organisation blickt zurück auf eine lange Geschichte von zwanzig Jahren und mehr. In dieser Zeit kämpfte sie für demokratische Reformen innerhalb der Gewerkschaft und es gab eine Zeit, in der sie die einzige Stimme war, die sich gegen die Korruption erhob. Und die Tatsache, daß Carey gewählt wurde, ist der Existenz dieser Organisation zu verdanken. Das waren die einzigen Leute, die ihn unterstützten und ohne ihre Unterstützung wäre er nie gewählt worden. Aber was noch wichtiger ist: „teamsters of a democratic union“ verband mit ihm die Hoffnung auf ein Programm, das dafür sorgen würde, daß es einen Fortschritt

gibt für die Leute von der Teamster-Gewerkschaft. Er sollte gegen Korruption kämpfen und für internationale Solidarität, vor allem mit den ArbeiterInnen in Mexiko.

Die LatinoarbeiterInnen hatten eine tragende Bedeutung in diesem Streik. Kannst du uns sagen, welche Rolle sie darin spielten?

Von dieser neuen Latino-Power haben die Teamsters wirklich sehr profitiert. Früher, als die United Farm Workers, die Latino-Gewerkschaft unter Cesar Chavez, neu war, wurden die Teamsters von den Arbeitgebern dazu mißbraucht, die United Farm Workers zu bekämpfen. In den letzten fünf Jahren hat sich das aber mit der neuen Reformspitze und Verwaltung der Teamsters geändert. Seit Ron Carey Teamsters-Präsident ist, arbeiten alle Teamsters mit der United Farm Workers zusammen. Gemeinsam versuchen sie, in der Tradition des Cesar Chavez, Erdbeerplücker in Kalifornien und Apfelpflücker in Washington State zu organisieren. Es gibt also eine neue Einigkeit zwischen den beiden Gewerkschaften, eine verbesserte Zusammenarbeit, und daran hatten die Latinos großen Anteil mit ihren Kämpfen, ihrer neuen Militanz in Kalifornien und an der Westküste. Latino-ArbeiterInnen sind sehr aktiv in der Teamster-Gewerkschaft, vor allem im Westen der USA. Sie stellen einen großen Teil der Mitglieder und spielten eine sehr aktive Rolle, als es darum ging, demokratische Strukturen innerhalb der Gewerkschaft durchzusetzen. Weil sie die unterste Schicht stellen, sind sie es, die am häufigsten in diesen Teilzeit-Jobs arbeiten. Ja, ich denke, es ist vor allem ihr Beitrag, daß dieser Streik militanter war als frühere, daß es ein Streik war, der eher für die untersten Gesellschaftsschichten geführt wurde als für die oberen Gehaltsklassen.

Was ist dran an den Korruptionsvorwürfen gegen Ron Carey? Wie ist die neuste Entwicklung?

Ron Carey wird ja nicht direkt angegriffen und der Korruption beschuldigt. Er war im letzten Dezember für weitere fünf Jahre wieder gewählt worden als Teamster-Präsident. Er war gegen James Hoffa junior angetreten, den Sohn von Jim Hoffa, der früher jahrelang Gewerkschaftspräsident war und heute tot ist. Er war bekanntermaßen ein Unterstützer der Mafia und verstrickt ins organisierte Verbrechen. Ron Carey gewann nur ganz knapp gegen seinen Sohn James Hoffa, mit etwa nur 3%, denn der rechte bzw. konservative Flügel der Teamsters ist immer noch sehr stark. Nach der Wahl wurde dann bekannt, daß Careys Wahlkampagne zum Teil illegal finanziert worden war. Geld war von Leuten in seine Kampagne geflossen, die sie nicht legal unterstützen durften, weil sie keine Teamster-Mitglieder sind. Aufgrund dieser Anschuldigungen wurde die Wahl nun aufgehoben und Carey muß im Dezember nochmal gegen Jim Hoffa antreten. Die

Wahl muß komplett wiederholt werden. Nun, die politischen Strömungen in der Teamster-Gewerkschaften sind sehr verwirrend und kompliziert. Ron Carey wurde ja eigentlich als Reform-Kandidat gewählt, und hatte die Unterstützung des linken und progressiven Teils der Gewerkschaft, des Teils, der interne demokratische Reformen wollte. In seinem Wahlkampf vor einem Jahr ging es dann aber mehr um Professionalität, Verwaltung und Found-Raising, also Geldgeber finden, weniger um die Basis und ihre Bedürfnisse. Der Graswurzel-Aspekt wurde leider vernachlässigt. Carey war sehr abhängig von seinen Beratern. Und schließlich waren es all diese Berater und Geldbeschaffer, die die Hauptverantwortlichen dafür waren, daß illegales Geld in die Wahlkampfkasse floß. Es war also ein Problem, das hauptsächlich dadurch entstand, daß man sich von der Basis entfernte, die hinter Carey stand und ihn eigentlich wählte. Trotzdem aber ist klar, daß Carey weiter der Kandidat bleibt, der die Gewerkschaft reformieren kann, der sie progressiver und demokratischer macht. Er steht an der Spitze der Erneuerungsbewegung.

Trotzdem aber ist klar, daß Carey weiter der Kandidat bleibt, der die Gewerkschaft reformieren kann.

Seine Opposition besteht nach wie vor aus Leuten, die mit dem organisierten Verbrechen zusammenarbeiten oder es zumindest früher getan haben und außerdem die Gewerkschaft in einem sehr undemokratischen Stil geleitet haben. Vor allem aber halten diese Leute nichts vom militänten Kampf gegen die Arbeitgeber. Jimmy Hoffa juniors Kommentar zum UPS-Streik und seine Kritik an Carey sprechen Bände. Er sagte, wenn er die Gewerkschaft geleitet hätte, hätte er auch alles erreicht, was die Teamsters nun erkämpft haben, aber ohne dafür streiken zu müssen. Mit anderen Worten, Streik ist etwas Schlechtes. Das ist die typische Ansicht der alten Garde bei den Teamsters.

Sie halten gar nichts davon, militant gegen Arbeitgeber vorzugehen und für eigene Rechte zu kämpfen. Das ist also die rechte Opposition, der Carey gegenüber steht. Carey dagegen, das sei zu seiner Ehre gesagt, war immer der Meinung, daß bei UPS gestreikt werden müsse, um den Arbeitgebern bessere Konzessionen abzutrotzen. Er wollte, daß die Seite der Arbeiter gewinnt und hatte auch keine Angst davor, die Basis nach dem Graswurzel-Prinzip zu mobilisieren und gegen die Firma in Streik zu treten.

Zur Person: David Bacon arbeitete selbst 20 Jahre lang als Teamster bei UPS. Heute ist er Journalist bei einem freien Radio in Berkeley und schreibt für mehrere linke Publikationen.

Reden ist Silber? Schweigen kein Gold!

Die Hamburger PDS hat sich Anfang September erstmals mit einer nennenswerten Aussage im Bürgerschaftswahlkampf geäußert: Sie hat ein Plakat verklebt, dessen Text durch eine literarische Kollage verfremdet ein bekanntes Tucholsky-Zitat wiedergibt: „SOLDATEN benutzen bisweilen Schaufeln statt Gewehre und SIND im militärischen Ernstfall staatlich ausgebildete MÖRDER.“

Zunächst empörte sich die *Bildzeitung*, dann schlug das Plakat Wellen bis in den Deutschen Bundestag und die Berliner Kleine Alexanderstraße. Die Provokation, die augenscheinlich beabsichtigt war, ist, betrachtet man die Reaktionen, gelungen.

Es wird verschiedentlich kritisiert, daß die Bundeswehr ihren Einsatz gegen das Oderbruch-Hochwasser zu einer PR-Aufwertung genutzt bzw. mißbraucht habe. Aber das trifft die Sache nicht, zumindest dann nicht, wenn nicht kritisiert wird, worin die „Aufwertung“ besteht.

Verfolgt man den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf (s. auch S. 3), dann zeichnet sich in der Vorbereitungsphase der Bundestagswahlen vor allem durch eine Wendung der SPD ins Autoritäre, ja Reaktionäre eine unheilvolle Koalition von Regierungsparteien und SPD ab, deren Grundlagen mit Begriffen wie: starker Staat, starkes Unternehmen, starkes Deutschland umrissen werden können.

In der Perspektive eines starken Deutschlands spielt der Oder-Einsatz der Bundeswehr eine hervorragende Rolle. Er hat einen bedeutungsschweren symbolischen Wert. Er vermittelt nämlich das Bild, daß die Gesellschaft als ganze, ver-

körpert durch den Staat, den bedrängten Teil, die Menschen an der Oder, durch Einsatz ihrer extremen Machtmittel rettet. Die Bundeswehr, den sich diese durch den BRD-Staat organisierte vernünftige Gesellschaft einstmals gegen ihre abtrünnigen, unvernünftigen und unrechtmäßigen Teile („DDR-Unrechtsstaat“) geschaffen hat, wird im Einsatz gegen die Naturbedrohung zur Retterin gerade jener wiedergewonnenen Teile. Diese Staatsaktion hat ein Band zwischen der Bevölkerung im Osten und dem BRD-Staat geknüpft.¹ Er gewinnt als ihre Macht an Akzeptanz. Natürlich fallen solche Entscheidungen nicht so schnell. Das Ergebnis steht noch nicht fest. Doch



die Wirkung, die der Bundeswehreinsatz in der Oderbruch-Region gezeigt hat – und sie ist nach allen Berichten außerordentlich groß –, ist ein Vorzeichen.

Das Wahlplakat platzt provokativ in die sich anbahnende, gleichsam bräutliche Beziehung zwischen dem BRD-Staat und dem Ost-Volk und verkündet roh und rücksichtslos ein Ehehindernis: Die Armee sei nicht das, was sie scheint, ihr Zweck nicht die Schaufel, sondern das Gewehr, die Staatsgewalt, die durch die Armee als ihr Gewaltorgan repräsentiert wird, sei mörderisch.

Die Bürgerlichen haben das Plakat so zu interpretieren versucht, und die PDS-Spitze ist ihnen darin ganz unnötig gefolgt, daß mit dem Plakat die jungen Wehrpflichtigen diffamiert würden. Das ist unwahr: Soweit die Wehrpflichtigen angesprochen sind, werden sie gewarnt, daß sie sich über ihren Zweck als Soldaten nicht täuschen sollen.

Warum aber sorgte das Plakat nicht nur bei den Rechten, sondern auch in der PDS für Aufregung und Distanzierung?

Zum einen kann, wer die Denktraditionen der SED nur hat abstreifen wollen, ohne sich wirklich kritisch damit auseinanderzusetzen, im Bundeswehreinsatz gegen das Oder-Hochwasser ohne weiteres ein Beispiel oder gar den Beweis dafür sehen, daß die Gewaltorgane des Staates zu Gutem eingesetzt werden können. Der kann der Bundeswehr, gegen deren militärischen Einsatz „out of area“ man ist, durchaus andere, bessere Seiten abgewinnen. Grundlage solcher Auffassungen ist die Vorstellung, daß die Gesellschaft einer Macht bedarf, die das

Im Dtsch. Bundestag Gerhardt, FDP, am 10.9.

Dieses Zitat ist feige, weil man es selbst nicht zitiert. Es ist infam, und es ist unmenschlich gegenüber den Soldaten, die im Oderbruch den Menschen geholfen haben und die großen Respekt verdienten. Wir sollten dieses Plakat den Menschen im Oderbruch zeigen, damit diese begreifen, daß sie es nicht nur mit einer Partei zu tun haben, die den Alten freundlichst die Rentenanträge ausfüllt, sondern mit einer Partei, die niemals wieder in diesem Land Verantwortung haben sollte.

Gysi, PDS, ebenda

„Erstens hoffe ich, daß wir uns zumindest mit der F.D.P. in der Frage einig sind, daß es richtig ist, daß das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, daß das Tucholsky-Zitat benutzt werden darf, und zwar straffrei. Zweitens füge ich hinzu, daß das Plakat in Hamburg poli-

tisch falsch und töricht ist und daß das überhaupt nicht die Politik der PDS ist. Wir würden das normalerweise auf einem Plakat weder zitieren noch – und das schon gar nicht – mit dem Einsatz der Bundeswehr im Oderbruch in Zusammenhang bringen.

Graf von Einsiedel, PDS, ebenda

Kein Mensch – auch nicht diese Sieben-dreiviertel-Monats-Revoluzzer in Hamburg – hat das Recht, zu bestreiten, daß die Bundeswehr bei der Bekämpfung des Oderhochwassers einen wunderbaren Job geleistet hat und daß die Soldaten, die dort geschuftet haben und teilweise ihr Leben riskiert haben, höchstes Lob und Anerkennung verdienen.

Erklärung von Dietmar Barsch und André Brie, PDS-Parteivorstand, vom 10.9.

Wir distanzieren uns von dem Plakat der Hamburger PDS ... Wir zählen zu jenen, die die Legitimität des Tucholsky-Zitats

verteidigen ... Wir sind zudem auch der Meinung, daß der notwendige und nützliche Einsatz gegen das Oder-Hochwasser in fragwürdiger Weise zur PR-Aufwertung der Bundeswehr genutzt wurde. Die Hamburger PDS aber hat eine Konkretisierung des Tucholsky-Zitats vorgenommen, die nicht mehr die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Militarismus und seinen geschichtlichen und potentiellen Folgen thematisiert, sondern einen spezifischen Teil der Bundeswehr, nämlich jene jungen Menschen diffamiert, die geholfen haben, eine Katastrophe an der Oder zu verhindern. Wir weisen dies als Arroganz und Menschenverachtung entschieden zurück und entschuldigen uns dafür bei den Bundeswehrsoldaten, die selbstlos und engagiert an der Oder gearbeitet haben.

Hanno Harnisch, Pressesprecher der PDS,

in „Bild“ v.11.9.

„Dumm, frech, instinktlos.“

Gute stiftet, sich über sie erhebt und herrscht, eine Vorstellung, die in der Tradition deutscher Staatsauffassungen steht und in der DDR nicht gebrochen, sondern leider gepflegt und praktiziert wurde. Sie ist in der PDS nicht überwunden. Eine solche Vorstellung muß sich durch das Plakat provoziert fühlen.

Ein zweites kommt hinzu: Die Kandidatur der Hamburger PDS ist in Hamburg selbst, wo sie denkbar knapp entschieden wurde, aber auch zwischen der Mehrheit des Hamburger Landesverbands und dem Bundesvorstand stark umstritten. Die Bedenken gegen die Kandidatur, die sich aus dem Argument speisten, die PDS habe sich nicht ernsthaft mit der Landes- und Kommunalpolitik auseinandergesetzt und könne deshalb im Wahlkampf keine nennenswerte Rolle spielen, haben sich in den vergangenen Monaten im wesentlichen bestätigt und sind durch das Wahlplakat kaum relativiert. Das Argument hingegen, die Hamburger Kandidatur behindere den Bundestagswahlkampf, hat sich als äußerst zweischneidig erwiesen. Die Reaktionen aus der PDS-Spitze auf das Plakat lassen den Verdacht zu, daß es ihr nicht erstrangig um die Bedingungen für die Kandidatur und die Entwicklung der PDS-Politik am Ort gegangen ist, sondern um das Recht der führenden PDS-Politiker, sich zu den im Bürgerschaftswahlkampf aufgeworfenen Fragen – Stichwort starker Staat – nicht äußern zu müssen. Sie enthüllen ein programmatisches Vakuum, das sich tödlich auswirken kann: daß nämlich die PDS einer auch nur entfernt „sozial“ begründeten autoritären Politik bisher wenig entgegenzusetzen hat.

Die Provokation des Hamburger Plakats hat die führenden PDS-Politiker aus der selbstgewählten Untätigkeit gerissen. Liest man ihre Reaktionen, möchte man fast sagen: leider! Reden ist Silber? Hinter dem Schweigen zu den Inhalten des Wahlkampfes in Hamburg jedenfalls war kein Gold verborgen.

Fazit? Die PDS kann dem Konflikt mit der Wendung der SPD ins Autoritäre, die im Hamburger Wahlkampf so überdeutlich geworden ist, nicht länger ausweichen. Die sog. Elefantenrunde am 21.9., dem Hamburger Wahlsonntag, an der die PDS durch ihren Bundesgeschäftsführer teilnimmt, bietet die Gelegenheit, den Anfang zu machen.

Christiane Schneider

1 Dabei soll ganz kurz auch an die besondere Geschichte der Oder-Bruch-Region erinnert werden, weil besondere Kulturmomente lange nachwirken. Die Oderbruch-Region war vorgeschobener Posten bei der deutschen Ostkolonisation. Die dort Angesiedelten verdankten ihr Land und, als Kolonialisten, wirtschaftliche und rechtliche Vorteile dem preußischen König, dem absoluten Staat. Das Zusammenspiel von physischen und wirtschaftlichen Überlebensinteressen der Bevölkerung auf der einen und Staatsautorität auf der anderen Seite hat so eine geschichtliche Tradition, auf die, obwohl sie konkret kaum noch gewußt ist, bei der Meinungsbildung untergründig angeknüpft werden kann.

Eine Kritik aus Polen an der Nato-Osterweiterung

Warnung vor einer neuen Konfrontation

Von Marian Dobrosielski

Am 1. September, zum Anti-Kriegstag 1997, führte der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Berliner Friedenskoordination eine Veranstaltung durch, auf der der ehemalige polnische Vize-Außenminister Marian Dobrosielski die Hauptrede hielt. Wir veröffentlichen sie vollständig, weil sie zu den wenigen kritischen Äußerungen gegen die Osterweiterung zählt, die aus Polen in die BRD dringen.

Genau vor acht Jahren habe ich in Bonn am Friedensforum der Martin-Niemöller-Stiftung zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges teilgenommen. Ich erinnere mich, wie damals Deutsche – aus beiden deutschen Staaten – und Polen verschiedener politischer und weltanschaulicher Gesinnungen gemeinsam ihren Hoffnungen auf eine humane, kooperative Friedens- und Sicherheitsstruktur Europas und der Welt Ausdruck gaben. Es war doch die Zeit des „neuen Denkens“, der „runden Tische“, der „samtenen“ Revolutionen, des „Herbstes der Völker“.

Die wohlbekannten Ereignisse der Jahre 1989/90, der Fall der Berliner Mauer, die Vereinigung Deutschlands, die Auflösung des Warschauer Paktes, schienen diese Erwartungen zu bestätigen. Die Charta von Paris für ein Neues Europa (November 1990) proklamierte feierlich das Ende der Ost-West-Konfrontation. Sie versprach ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit“, „Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder“.

Eine Chance wurde nicht genutzt

Das Ende des Kalten Krieges hat eine einmalige, unwiederholbare Chance der Errichtung eines Systems der gemeinsamen, all-europäischen politisch-militärischen, sozial-wirtschaftlichen, humanitären, ökologischen Sicherheit eröffnet. Sie wurde leider nur zu einem geringen Grade ausgenutzt. Seit den bekannten tragischen Ereignissen von 1991 unterliegt sie einer ständigen Erosion. Zwar wurde viel Positives in den letzten acht Jahren erreicht, sowohl in den deutsch-polnischen Beziehungen wie auch auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung, aber die Hoffnungen und Erwartungen der Völker, von denen die Charta von Paris sprach, klingen heute wie eine Utopie. Schon 1991 sind die meisten Staatsmänner und Politiker

in Ost und West wieder in das alte militäristische, partikuläre Denken und Handeln verfallen. Unter anderem äußert sich das in den Bestrebungen der Nato-Osterweiterung. Ich bin kein Bewunderer Hegels. Es scheint mir aber, daß er nicht ganz unrecht hatte, als er schrieb: „Aus der Geschichte der Völker können wir lernen, daß die Völker aus der Geschichte nichts gelernt haben.“

Auf dem erwähnten Friedensforum vom 1. September 1989 sagte ich u.a.: „Der Mut zur Wahrheit über die Vergangenheit und Gegenwart ist die erste und wichtigste Bedingung für eine aufrichtige Verständigung und Aussöhnung zwischen Menschen und Völkern.“ Die Not eines derartigen Mutes ist heute größer denn je, da seit dem Umbruch 1989/90 in verschiedenen Ländern, darunter auch in Polen und Deutschland, Versuche, die Geschichte zu vergessen, zu relativieren, zu fälschen, sie für aktuelle politische Zwecke auszunützen und zu manipulieren, vehement zugenommen haben.

Am heutigen Gedenktag will ich mich nicht auf die Vergangenheit konzentrieren, aber nur feststellen, daß sich weder die Gegenwart noch die Zukunft schöpferisch, human gestalten läßt ohne die Berücksichtigung geschichtlicher Fakten, sei es nur, um die Fehler und Tragödien der Vergangenheit nicht wieder zu begehen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Weg, der zum 1. September 1939, zum 8. Mai 1945, zum Kalten Krieg führte, schon am 30. Januar 1933 begonnen hat. Der Nationalsozialismus, mit seinem rassistischen Wahn, fanatischen Fremdenhass, Verachtung universeller Menschenrechte und humanistischer Werte, strebte durch Verbrechen, Gewalt, Terror, Völkermord danach, eine „Neue Ordnung“ der Herren und Sklaven Europa und der Welt aufzudrängen.

Die faschistischen Verbrechen werden nicht vergessen

Der Zweite Weltkrieg, der am 1. September 1939 durch die Aggression des Dritten Reiches gegen Polen begann, erstreckte sich auf Gebiete 40 europäischer, asiatischer und afrikanischer Staaten. 60 Millionen Menschen verschiedener Völker, vor allem Juden, Sinti und Roma, Völker der damaligen Sowjetunion, Polen, Deutsche und andere haben in diesem Krieg ihr Leben verloren.

Der fünfeinhalb Jahre dauernde Alptraum der nationalsozialistischen und sowjetischen Besetzung war das Schlimmste, was Polen in seiner tausendjährigen Geschichte erlebt hat. Täg-

lich wurden durchschnittlich 3 000 polnische Bürger getötet. In über 20 000 Städten und Dörfern wurden über 50 000 Massenmorde begangen. Jeder Tag brachte neue Torturen, Vertreibungen, Deportationen in über 5 000 Konzentrationslagern, die auf polnischem Boden von den Nazis errichtet wurden. Der Holocaust polnischer Staatsangehöriger mosaischen Glaubens, die systematische Ausrottung der polnischen Intelligenz, die entschlossenen Versuche, aus Polen ein Sklavenvolk zu machen, die Aussiedlungen von Millionen Polen aus den dem Reich einverleibten Gebieten, die „von Juden, Polacken und Gesindel“ gesäubert werden sollten, die Vernichtung unseres Nationalvermögens zu 40 Prozent und die fast gänzliche Zerstörung Warschaus, all das darf nicht vergessen werden.

Polen war die erste, vereinsamte Nation, die zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Würde dem Nazi-Überfall bewaffneten Widerstand leistete. Dies war der Anfang, der Keim der zukünftigen Niederlage des Faschismus. Auch das dürfen wir nicht vergessen.

Es fiel mir nicht leicht, all das zu sagen. Ich tue es nicht, um alte Wunden aufzurütteln. Ich tue es um der Wahrheit willen. Ich tue es vor allem, um nicht nur junge Generationen in unseren Ländern zu warnen, daß sie sich nicht in eine Politik des Rassismus, der Xenophobie, des Fanatismus, Revanchismus, Militarismus locken lassen. Eine derartige Ideologie hat zu den unsagbaren Verbrechen des Zweiten Weltkrieges geführt, der auch den Deutschen soviel Verluste und Leid, auch seitens der Polen, gebracht hat.

Einige Worte zum Kalten Krieg. Ich will auf seine komplexen Anfänge nicht eingehen und nur vor der jetzt üblichen Vereinfachung, daß ihn Stalin allein verursacht hat, warnen. Churchill, Truman, Dulles und Adenauer sind hier auch nicht ohne Schuld.

Der Kalte Krieg war eine ungeheure Vergeudung materieller Güter, intellektueller und geistiger Kräfte der Menschheit. Die Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion, mit ihrem wahnsinnigen Wettrüsten, führte zu einer weitgehenden militaristischen Vergiftung der internationalen Beziehungen, zur Militarisierung verschiedener Lebensgebiete, Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie inbegriffen. Der Militarismus war während des Kalten Krieges und ist auch heute noch eines der größten Hindernisse für die Errichtung eines Systems der internationalen Beziehungen, das sich auf regionale, kontinentale und globale Kooperation und nicht Konfrontation in der Lösung und Bewältigung der vor Europa und der Welt stehenden Probleme, Krisen und Herausforderungen stützen würde.

Tendenzen zur Renationalisierung und Remilitarisierung der Außenpolitik

Nach einer kurzen Periode des Niedergangs des militaristischen Denkens und Handelns in den Jahren 1989–1990 erle-



Verteidigungsminister Rühe und sein polnischer Kollege Dobrzanski an der Oder

ben wir wieder eine ständig wachsende Tendenz zur Renationalisierung und Remilitarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik in vielen OSZE-Staaten, USA, Rußland, Deutschland, Frankreich, Polen inbegriffen. In der europäischen Sicherheitspolitik dominieren immer noch Institutionen, Mechanismen und Kräfte aus der Zeit des Kalten Krieges: Nato, Westeuropäische Union, Europäische Union. Sie sind immer noch der irrationalen, unmenschlichen Abschreckungsdoktrin und dem Denken und Handeln in den alten Kategorien militärisch geprägter Sicherheit verhaftet.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Auflösung des Warschauer Paktes verlor die Nato ihre prinzipielle Daseinsberechtigung. Logischerweise hätte sie auch aufgelöst werden müssen. Die „rote Gefahr“ bestand und besteht ja nicht mehr. Es begann eine fiebrhafte Suche der Militaristen nach neuen Begründungen und Aufgaben für die Allianz, nach neuen wirklichen und imaginären Feinden und Bedrohungen. Die Nato-Osterweiterung wurde dramatisch für die Allianz als die Alternative „expand or die“ (expandieren oder sterben – Red.) dargestellt. Das ununterbrochene Drängen der mitteleuropäischen Staaten, vor allem Polens, auf eine möglichst baldige Aufnahme in die Nato fast um jeden Preis spielte in die Hände der Anhänger der Osterweiterung. Sie sollte auch als Ersatz für die sich entfernende Perspektive der längst versprochenen Aufnahme in die Europäische Union dienen. Ein Ersatz, der den Westen wenig ko-

stet, für die mittelosteuropäischen Staaten jedoch sehr teuer zu stehen kommen wird.

Es ist klar, daß das wichtigste Motiv der Nato-Osterweiterung der Versuch Amerikas und Deutschlands ist, ihre geostategischen, wirtschaftlichen, politischen Interessen und Einflüsse soweit wie möglich nach Osten, bis an die Grenzen Rußlands zu verschieben. Deutschland würde dadurch nicht mehr Peripherie, sondern Zentralregion der Allianz werden. Dies ist aber ein sehr riskantes Vorhaben, das zu einer neuen konfrontativen Politik und Teilung in gegensätzliche Militärblöcke in Europa führen könnte.

Man spricht zwar von einer „Neuen Nato“ und beschwört, daß ihre Ausweitung nicht gegen Rußland gerichtet sei. Die konkreten Handlungen der Nato, vor allem der USA, zeugen von etwas Gegensätzlichem. Die mittelosteuropäischen Staaten wollen nicht in eine neue, sondern in die alte Nato, die sie vor der imaginären „russischen Bedrohung“ schützen soll.

Die „russische Gefahr“ wird durch die polnische politische Klasse als Axiom angenommen. Der einzige Ausweg, ihr zu entkommen, ist daher die möglichst baldige Nato-Mitgliedschaft. Wer daran die geringsten Zweifel hegt, wird als Verräter polnischer nationaler Interessen gebrandmarkt. Eine öffentliche Diskussion über die Bedingungen, Kosten, Kriterien, politische, wirtschaftliche, militär-strategische Folgen der Aufnahme in die Nato gab es in Polen nicht und wird es auch nicht geben, da u.a. Kritiker der polnischen Nato-Manie zu den Massenmedien nicht zugelassen werden. Die Ansätze, die Nato gleichzeitig fortwährend zu erweitern (ehemalige Sowjetrepubliken inbegriffen) und die Beziehungen mit Rußland nicht drastisch zu verschlechtern, gleichen den Versuchen, die Quadratur des Kreises zu lösen.

Es ist bedauernswert, daß heute in Polen sowie in den meisten europäischen Ländern die Sicherheitsproblematik fast ausschließlich unter militärischen Aspekten betrachtet wird. Die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs auf Polen ist gegenwärtig und für die voraussehbare Zukunft gleich Null. Die Sicherheit Polens ist heute viel mehr durch innere als durch äußere Faktoren bedroht. Sozial-wirtschaftliche und politische Spannungen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen vom 21. September verschärfen sich und führen zu einer Polarisierung der Gesellschaft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlen die populistische, national-katholische Bewegung, geleitet von der neuen Solidarnosc, die mit derjenigen von 1980/81 wenig gemeinsam hat, gewinnen kann. Dies könnte zu einer Destabilisierung des Landes und zu autokratischen Regierungsformen führen.

Polen und andere mittelosteuropäische Staaten brauchen viel dringender

als ihre Aufnahme in die Nato, die sie u.a. Zehntausende Milliarden US-Dollar kosten werden, die Unterstützung der reformatorischen Bestrebungen, die zu authentischer Demokratie, echtem Pluralismus, sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit führen. Die Milliarden Dollar, die wir für Einkäufe teurer westlicher Waffen, für die sogenannte Kompatibilität, Interoperabilität, Anpassung unserer Armee an die Nato-Standards, ausgeben sollen, können wir besser gebrauchen, um die verheerenden Verwüstungen der Überschwemmungen zu beseitigen, die Gesundheitsdienste zu sanieren, das Schulwesen und die Kultur zu fördern. Dies würde nicht nur zur Stabilität in unserem und anderen mittelosteuropäischen Staaten, sondern in ganz Europa beitragen.

Daß die Osterweiterung der Nato ein falscher Ansatz ist, der zur Stärkung militäristisch-nationalistischer Kräfte in Rußland und anderen Staaten führen könnte und erneut eine Spaltung Europas, eine Neuauflage des Kalten Krieges und des Wettrüstens herbeibringen würde, unterstreichen auch Vertreter verschiedener politischer und gesellschaftlicher Kräfte in Europa und Amerika. George Kennan, der Architekt der Politik der „Eindämmung“, behauptet: „Die Ausweitung der Nato wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg.“ (NYT, 5.2.1997) Wie bekannt, haben einige Dutzende amerikanischer Persönlichkeiten, u.a. Robert McNamara, Paul Nitze, Sam Nunn, Susan Eisenhower, Gary Hart, in einem Offenen Brief an Bill Clinton festgestellt, daß die Bemühungen, die Nato auszuweiten, die europäische Stabilität gefährden würden. Sie führen eine Reihe von überzeugenden Gründen dafür an. „Rußland stellt gegenwärtig keine Bedrohung für seine westlichen Nachbarn dar ... eine Nato-Erweiterung ist weder notwendig noch wünschenswert.“ Clinton hat diesen Rat nicht befolgt. (26.6.1997)

Deutsch-polnische Beziehungen – Beziehungen zwischen ungleichen Partnern

Meine Ausführungen möchte ich mit einigen Bemerkungen über die aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen schließen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den Jahren 1990/91 Voraussetzungen für die Gestaltung gutnachbarlicher, freundschaftlicher Beziehungen geschaffen wurden. Die wichtigsten konfliktfördernden Elemente: Grenze, deutsche Minderheit in Polen, ideologische und militärisch-politische Gegensätzlichkeiten wurden beseitigt. Zwei wichtige Verträge über die Anerkennung der Grenze (1990) und über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (1991) wurden abgeschlossen. Sie bilden die Grundlage der gegenwärtigen Beziehungen, die offiziell beiderseits als hervorragend bewertet werden.

Die Wirklichkeit sieht aber nicht so ro-

sig aus. Schon die Bestimmungen dieser Verträge, wie auch die gegenwärtige Praxis, zeugen davon, daß diese Beziehungen zwischen ungleichen Partnern sind. Einige Worte zu den Verträgen. Verträge über die Anerkennung der polnischen Westgrenze wurden mit der DDR bereits 1950 und mit der Bundesrepublik 1970 abgeschlossen. In der Bundesrepublik gab man jedoch dem Vertrag von 1970 eine einschränkende Interpretation. Wie bekannt, war die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze durch einen Vertrag mit Polen die einzige Bedingung, die die Alliierten der Bundesrepublik für die Vereinigung Deutschlands stellten. Dies fand seinen Ausdruck im „2+4“-Vertrag. In der Präambel des Grenzvertrages von 1990 befindet sich eine Formulierung, die das „furchtbare Leiden“ der Polen und Deutschen während des Zweiten Weltkrieges gleichsetzt und so Ursache und Wirkung wie auch den Unterschied zwischen Täter und Opfer verwischt und der geschichtlichen Wirklichkeit nicht entspricht.

Der Nachbarschaftsvertrag von 1991 ist von einer deutlichen Asymmetrie zugunsten der deutschen Seite gekennzeichnet. Er betrifft vor allem Rechte der deutschen Minderheit in Polen, die viel konkreter bestimmt sind als die Rechte der Polen in Deutschland. In diesem Vertrag gibt es sehr viele positive Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten, die aber sehr allgemein, vage und nicht verbindlich formuliert sind.

Einseitige Zugeständnisse polnischerseits bestehen auch darin, daß „dieser Vertrag sich nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und nicht mit Vermögensfragen befaßt“, wie es in den Erklärungen der Außenminister beider Staaten heißt. Diese offengelassenen Fragen ermöglichen es der Bundesrepublik Deutschland, den Mitgliedern der deutschen Minderheit in Polen, die polnische Staatsangehörige sind, die deutsche Staatsangehörigkeit zuzusprechen, wie auch – wenn die Zeit reif wird – mit Forderungen der Vermögensrückerstattung aufzutreten. Eines der wichtigsten ungelösten Probleme, die Entschädigung polnischer NS-Opfer der Zwangsarbeit und KZ-Haft, wurde im Vertrag nicht einmal erwähnt, obwohl die polnische Regierung vom Sejm (Parlament) verpflichtet wurde, darüber zu verhandeln.

Es soll daran erinnert werden, daß annähernd 2,4 Millionen Polinnen und Polen als Zwangs- und Sklavenarbeiter in Nazi-Deutschland jahrelang bis zur physischen und psychischen Erschöpfung ausgebeutet wurden. Das euphemistisch benannte Territorialitätsprinzip im Bundesentschädigungsgesetz, das in Wirklichkeit ein Diskriminierungsprinzip der im Osten Europas lebenden NS-Opfer ist, verunmöglichte ihnen jahrzehntelang, individuelle Entschädigungen für ihr erlittenes Leid zu erhalten.

1990, auf Initiativen der Grünen und der SPD, bewilligte die Bundesregierung die Auszahlung von pauschal 500 Millionen DM an die „Stiftung Polnisch-Deutscher Aussöhnung“, die unter die noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter verteilt werden sollten. Heute leben noch etwa 680 000 dieser geplagten, kranken alten Menschen. Die einmalige Entschädigung beläuft sich somit durchschnittlich auf knapp 750 DM pro Person. Verglichen mit den durch die Bundesrepublik im Westen ausgezahlten Entschädigungen und Renten u.a. für ehemalige SS-Mitglieder, kann diese Summe nur mit bitterer Ironie erwähnt werden. Das Kapitel „Entschädigung für polnische NS-Opfer“ darf in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht als abgeschlossen betrachtet werden.

Dies sind nur die wichtigsten Beispiele der Nachgiebigkeit der sukzessiven polnischen Regierungen seit 1989 gegenüber Deutschland. Sie kann nur dadurch erklärt werden, daß Deutschland als der wichtigste und hilfreichste Partner in den Bemühungen Polens, den euroatlantischen militärischen und wirtschaftlichen Strukturen eingegliedert zu werden, gesehen wird. Für diese Unterstützung ist die heutige politische Klasse Polens bereit, sehr viel in Kauf zu nehmen.

Tatsache ist, daß sich gegenwärtig auf der Regierungsebene die deutsch-polnischen Beziehungen sehr gut entwickeln. Paradoxe Weise findet die beste Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien statt, u.a. deswegen, weil Herr Rühe der eifrigste Vorkämpfer der Aufnahme Polens in die Nato ist. In den wirtschaftlichen Beziehungen sieht die Lage etwas schlimmer aus. Zwar ist Deutschland der größte Handelspartner Polens, aber unser Handelsdefizit beträgt jetzt jährlich über 4 Milliarden DM. Deutsche Unternehmer haben in Polen seit 1990 nur etwas über 4 Milliarden DM investiert.

Auf gesellschaftlicher Ebene fehlt noch wirklich viel zu einer echten Verständigung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen. Wie die Polen in den Ämtern, den Massenmedien in Deutschland angesehen und behandelt werden, wissen Sie besser als ich. Ich möchte nur auf die von Harald Schmidt, die *Bild*- und andere Zeitungen verbreitete Diffamierung der Polen in Form von scheinbaren Witzen – und nicht nur – als Bande von Autoklauern, Faulpelzen, Schmugglern von Zigaretten, Rauschgift und Prostituierten hinweisen. In den polnischen Massenmedien wird heute kaum ein schlechtes Wort über die Deutschen geäußert.

Was ich über die deutsch-polnischen Beziehungen gesagt habe – und vieles mehr – zeugt davon, daß diese Beziehungen sich noch nicht ganz auf gleicher, partnerschaftlicher Basis entwickeln. Ich glaube, daß die deutschen politischen Parteien, der Deutsche Gewerkschafts-

bund, die Friedensorganisationen, die deutsch-polnischen Gesellschaften, wie auch die entsprechenden polnischen Organisationen sich mehr bemühen sollten, um eine aufrichtige, echte deutsch-polnische Partnerschaft zu erreichen.

Ich will nicht verallgemeinern und sagen, daß ich mir seit sehr langem bewußt bin, daß sich sehr, sehr viele Deutsche seit Jahrzehnten aufrichtig für eine echte, partnerschaftliche Verständigung und Aussöhnung zwischen unseren Völkern bemühen. Ich möchte die Anwesenheit hier auch dazu benutzen, um zu sagen, daß die Hilfe verschiedener deutscher staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und individuellen deutschen Menschen, wie auch die Zusammenarbeit der staatlichen Behörden während der schrecklichen Über schwemmungen, die unsere beiden Länder heimgesucht haben, mit großer Dankbarkeit und Anerkennung in Polen empfunden worden sind.

Die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene, im Schutz vor ökologischen Bedrohungen und Katastrophen, in der Stärkung der demokratischen Institutionen, der Bekämpfung des Rassismus und Fremdenhasses, der Stereotypen Feindbilder finde ich viel wichtiger und viel dringender als gemeinsame Vorbereitungen mit oder in der Nato zur Abwehr imaginärer militärischer Bedrohungen.

Es ist noch nicht zu spät, in den OSZE-Staaten die Prioritäten in den Ausgaben für soziale, humanitäre, ökologische Zwecke zum einen und militärische Ziele zum anderen umzustellen. Es ist notwendig, jetzt die schöpferische Einbildungskraft ganz Europas, ihre Errungenschaften in Wissenschaft und Technologie für höhere, bessere Ziele als die der militärischen Abschreckung, Verteidigungs- und Kriegsführungsfähigkeit zu widmen. Eine derartige Umstellung im politischen Denken und Handeln könnte zur Errichtung eines humanen, pluralistischen Friedens- und Sicherheitssystems in Europa und der Welt führen, eines Systems, das nur durch friedliche, kooperative, politische – und nicht durch militärische, konfrontative – Mittel errichtet werden kann.

Prof. Marian Dobrosielski, den die Regionalgruppe Berlin „Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen“ (Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.) als Referenten gewinnen konnte, ist emeritierter Prof. für Philosophie in Warschau. Er ist Träger u.a. des Eisernen Kreuzes des Polnischen Widerstandes; er diente im zweiten Weltkrieg in der polnischen Armee in Frankreich, war nach 1945 u.a. polnischer Gesandter in Bern, Mitglied der polnischen Delegation bei der UNO, polnischer Botschafter in London, Direktor des polnischen Instituts für Internationale Politik, wesentlich mitbeteiligt an den Verhandlungen über die deutsch-polnischen Verträge mit der Regierung Brandt, 1971 bis 1980 polnischer Vizeaußenminister, mehrfach Leiter von polnischen Delegationen bei der KSZE, nach Verhängung des Kriegsrechts 1981 von seinen Ämtern zurückgetreten. Er gehört keiner politischen Partei in Polen an.

Der fünfte Band der Studien zur Sozialhygiene und Public Health über Bevölkerungskontrolle

„Sexualität ist der Knotenpunkt der Biomacht“

Mittlerweile liegt der fünfte und damit abschließende Band der Reihe „Sozialhygiene und Public Health“ vor, die von den beiden Medizinerinnen und Sozialwissenschaftlerinnen Heidrun Kaupen-Haas und Christiane Rothmaler im Mabuse-Verlag herausgegeben wird. Her vorgegangen ist die Buchreihe aus Beiträgen der Tagung „Sozialhygiene und Public Health. Historische Kontinuitäten, Brüche, Dilemmata“, die 1992 im Hamburger Universitätskrankenhaus Eppendorf stattfand. Im Zentrum steht die Erforschung und Kritik der zunehmenden industriellen und politischen Vernetzung des Gesundheitswesens und der Gesundheitswissenschaften. Internationale wie nationale Besonderheiten jeweiliger medizinischer und sozialer Praxis werden in all ihren Erscheinungsweisen sowie Strukturen analysiert; eine Institutionenkritik – der Umgang mit Kranken und Gesunden als Verwaltungsgegenstände von Krankenhäusern und medizinischen Programmen – erweist sich als ebenso notwendig wie die Auseinandersetzung mit medizinischer Ideologie, der Durchdringung des Alltags mit Gesundheits- und Krankheitsbildern (Sozialhygiene), den Diskursen um körperliches und seelisches Wohlbefinden in einer Zeit, in der immer mehr Menschen die Lebensgrundlage entzogen wird.

Der erste Band der Reihe – „Naturwissenschaften und Eugenik“ – beschäftigt sich mit der sozialpolitischen Bedeutung von Krankheitsbildern: Was und wer gilt als gesund oder krank, jenseits von objektiven körperlichen Leiden. Dies ist durch die Eugenik die letzten Jahre wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gekommen, wobei die pränatale Diagnostik (also die vorgeburtliche, oftmals über Genetikarbeitende Feststellung eventueller sogenannter Behinderungen) zeigt, inwiefern hier eine medizinische Ideologie von lebenswert und -unwert sich über Jahrzehnte in das Alltagsbewußtsein gesetzt wurde. Hier gilt es vor allem die Überlappung von naturwissenschaftlichen und sozialen Entwürfen kritisch darzulegen. Der zweite Band erschien unter dem Titel „Industrielle Pathogenität und Krankheit“. Es geht um die Untersuchung und Einschätzung der Bedeutung von „Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten sowie die Konstruktion des sogenannten Risikoträgers als Elemente individueller und kollektiver Ausgrenzung“. Der dritte Band heißt „Doppelcharakter der Prävention“ und will, wie der Titel verrät, die Widersprüch-

lichkeit aufzeigen, die in dem modernen System der Gesundheitsvorsorge in der kapitalistischen Gesellschaft steckt; Gesundheitsvorsorge ist nicht nur Vorbeugung von Krankheiten, sondern ebenso Ausgrenzung, Isolation derjenigen, die aus dem Leistungsbetrieb herausfallen, oder einfach ein Machtinstrument, um Arbeitskraft reibungslos – nämlich im Anschein, im Dienst des Menschen zu stehen – zu reproduzieren und zu erhalten. Als „Strategien der Gesundheitsökonomie“ ist der vierte Band angekündigt, der aber noch nicht vorliegt. Im letzten Band schreiben die Herausgeberinnen einleitend: „Die fünf Bände stellen einen Anfang dar. Dies gilt nicht nur für die dringend notwendige Auseinandersetzung mit Public Health im internationalen Bezug, sondern auch für die Aufnahme der Auseinandersetzung mit sozialhygienischen Traditionen in den einstigen sozialistischen Staaten.“ (S. 7)

In dem abschließenden Band „Moral, Biomedizin und Bevölkerungskontrolle“ kommt nun noch die Frage nach Bedeutung der Medizin für die sogenannte Bevölkerungspolitik hinzu. Die Problematik drängt sich auf. „Die Verknüpfung von Biomacht, Moral und Bevölkerungskontrolle enthält zwei Thesen, die wir zur Diskussion stellen möchten. Erstens: Die moderne Humanmedizin ist biomedizinische Praxis und damit als Organisator und Regulativ der Bevölkerungskontrolle zu analysieren. Zweitens: Sexualität ist Knotenpunkt der Biomacht.“ (S. 9) Zum Schwerpunkt der Kritik wird damit: die Biomedizin selbst, die die Aufmerksamkeit vom Menschen auf einerseits ein vitalistisches Lebenskonzept (bios = Leben), andererseits die „Bevölkerung“ als Rechengröße lenkt. Zwischen Sexualität und Genetik, beides im übrigen mitnichten reine Naturwissenschaft, sondern maßgeblich ideologische Konstruktion, oft ohne größeren Erkenntniswert, kommt es zu einer Allianz, die insbesondere Frauen trifft: Angeblich genetisch bedingte Schädigungen, die den Menschen nutzlos für die soziale Verwertung machen, werden nicht selten aus dem „Sexualverhalten“ der Frau abgeleitet; und die vermeintlich wissenschaftliche Diagnostik paart sich mit der „Durchsetzung der richtigen Sexualmoral“. Die Herausgeberinnen resümieren: „Es zeigt sich nun mit aller Deutlichkeit, was die Genetiker 1939 in Edinburgh angekündigt hatten: daß nämlich die eugenische Selektion Sexismus und Rassismus einschließt.“ (S. 13) Aus Menschen wer-

den Rassen, und aus Sexualität wird sexuelle Gesundheit. Die Autoren verfolgen die verschiedenen Verkettungen sexueller Diskurse, die vor allem für die Bevölkerungspolitik in der „Dritten Welt“ konsequenzenreich sind: religiöse, kulturelle, soziale, oder auch seelische und körperliche Probleme der von diesen Kontrollmechanismen Betroffenen sind absehbare Folgen, mit denen die Zuständigen der Bevölkerungsprogramme ganz bewußt kalkulieren.

Das Buch versammelt sechs Beiträge zum Thema. John C. Fout schreibt über die „Etablierung einer verpflichtenden heterosexuellen Norm für das männliche Geschlecht und dessen Sexualverhalten“ durch sogenannte „Sittlichkeitsvereine“ vor 1914. Diese „Moralisten richteten ihre Attacken gegen alles, was in ihren Augen mit Fleischeslust zu tun hatte: Geschlechtskrankheiten, weibliche Prostitution, Freikörperkultur, Pornographie, Homosexualität, Abtreibung, Verhüttungsmittel und Geburtenrückgang. Es ging ihnen darum, die Vorherrschaft des Mannes angesichts einer neuen öffentlichen Rolle der Frau zu bewahren und den Zielen der Sexualreformer und der Frauenbewegung gegenzusteuern.“ (S. 25) – Daß hier so disparate Themen zusammenkommen wie Geburtenrückgang und Pornographie offenbart schon etwas von der Absicht, um diese Zeit die Sexualität – den „gesunden Sex“, wie der Philosoph Michel Foucault sagt – als sozialhygienisches Programm durchzusetzen. „Bevölkerungspolitische Erwägungen in Zeiten exorbitanter Geburtenausfälle“ stellt Jochen Fleischhacker an; hier spielen „Alkoholkonsum“, aber auch das Bild von „Geschlechtskrankheiten“ eine große Rolle – immer wieder, so zeigt auch Fleischhacker, sehen die Bevölkerungskontrolleure dadurch die Zeugungsfähigkeit der Frau fundamental bedroht.

Farida Akhter fokussiert dieselbe Problematik als ebenso virulent in Bangladesch. Vor allem entfaltet sie ihre Kritik der Bevölkerungskontrolle anhand der von unterschiedlichen Produktions- und Produktivitätsbegriffen, die den Geschlechtern zugrundeliegen: Die der Frau zugesprochene Aufgabe der „sozialen Produktion“ ist dabei der Angelpunkt ihrer Untersuchung. Akhter warnt davor, die Situation mit einem von außen, d.i. westlichen Verständnis von Sexualität beurteilen zu wollen. „Der kulturelle Kontext der Sexualität muß im historischen Kontext verstanden werden“ (S. 77).

Der Beitrag von Ingrid Stiller beschäftigt sich mit dem Verhältnis von „Umwelt und Bevölkerungskontrolle“, vor allem mit den Fehlinformationen der Bevölkerungsstatistik. „Holland ist dichter besiedelt als Indien“, und „ein Viertel der Menschheit verbraucht drei Viertel der Energie“ – gleichzeitig gehört zur Bevölkerungskontrolle allerdings die Ideologie, die Opfer zu Tätern macht: man denke nur die Vorstellung, in Indien würden die Menschen die Umwelt absichtlich und aus selbstverschuldeter Dummheit zerstören – der „weiße Mann“ tritt, wie Spiller schreibt, als „Manager des Ökosystems Erde“ (S. 87) auf und bringt Hilfe, die die Zerstörung überhaupt erst in Gang setzt.

Die letzten beiden Beiträge von Johanna Schoen und Stefan Kühl kehren, jeder für sich, aber sich in vielen Punkten interessant überschneidend, noch einmal zu den geschichtlichen Grundlagen der Bevölkerungskontroll-Ideologie zurück und zu den Grundmustern der Konstruktion von Biomacht und Sexualität. Schoen untersucht „das Sterilisationsprogramm in North Carolina 1929–1975“ (S. 89ff.), Kühl schreibt über „die Unterstützung der nationalsozialistischen

Rassenpolitik durch amerikanische Eugeniker“ (S. 115ff.). Beide Autoren zeigen, was mithin eine weitere These des Buchs auch in anderen Beiträgen bestimmt, daß die Biomacht und der mit ihr zusammenhängende Rassismus, die Eugenik, der Sexismus und dergleichen keineswegs Überreste nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik sind. Vielmehr hat sich im Nationalsozialismus und seinem Modell von Bevölkerungskontrolle auch nur die wissenschaftliche Menschenfeindlichkeit durchgesetzt, die sich eben in anderen technisch-hochentwickelten Ländern gleichfalls finden läßt; – üblich war in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, also auch zur Zeit der Nazidiktatur, der rege Austausch über wissenschaftliche Erfolge zwischen den Staaten, in denen je spezifische Entwicklungen des Kapitalismus ihr Menschenmaterial organisieren mußten. Hinter der freundlichen Maske eines lächelnden Kindes steckt auch heute noch das Konzept von Bevölkerungspolitik, dem es nicht um Menschen geht, sondern um die Organisation von Arbeitskraft, Kosten und Profit. Der von Kaupen-Haas und Rothmaler herausgegebene Band gibt in solche Kontinuitäten ebenso Einblick wie er einen kritischen Einstieg in die gegenwärtigen Debatten vorstellt. *rob*

Heidrun Kaupen-Haas, Christiane Rothmaler (Hg.): Sozial und Public Health, Mabuse-Verlag: Frankfurt/M., alle Bände haben 120 Seiten und kosten je 24,80 DM

Band 1: Naturwissenschaften und Eugenik, 1994

Band 2: Industrielle Pathogenität und Krankheit, 1995

Band 3: Doppelcharakter der Prävention, 1995

Band 4: Strategien der Gesundheitsökonomie, im Erscheinen

Band 5: Moral, Biomedizin und Bevölkerungskontrolle, 1997

Das Buch zum Kongreß „Geld ist genug da“ vom 9./10. November 1996 ist soeben erschienen.

Anzeige



Mit den Beiträgen von Winfried Wolf (MdB PDS), Stefan Rebmann (DGB Freiburg), Margret Möning-Raane (Bundesvorsitzende HBV), Leo Mayer (isw München), Peter Bartelheimer (Institut für soziale Forschungen Frankfurt), Jürgen Grässlin (Rüstungsinformationsbüro), Wilfried Telkämper (MdEP Bündnis 90/Grüne), Peter Dresen (MdB SPD), Norbert Reuter (TH Aachen, Memorandum Gruppe)

Zu den Themen:

- Wirtschaftskrise,
- öffentliche Armut, privater Reichtum und
- Gegenkonzepte der Linken

120 Seiten, Format 14,8x21 cm.
Preis 14 DM.

Die „Freiburger Kongreß Dokumente“ enthalten alle Redenbeiträge, die auf dem Kongreß gehalten wurden, sowie einige Materialien zum Thema. Im März 1996 bildete sich unter Beteiligung vieler politischer und sozialer Gruppen die „Kongreßinitiative Geld ist genug da“, die den Kongreß im November 1996 vorbereitete. Mit diesem Kongreß sollten möglichst viele Betroffene erreicht werden, die der üblichen, täglichen Aufrufe zum „Gürtel enger schnallen“ überdrüssig, endlich Aktivitäten und Gegendruck entwickeln wollten. Der Kongreß sollte hierfür die notwendigen Fakten und Argumente liefern und „Mut zur Unbescheidenheit“ machen.

NEU BEI GNN VERLAG SÜD

All diese Fakten und Argumente gibt es nun als Buch. Gut zum Widersprechen und Mut zur Unbescheidenheit. Für alle, die immer noch nicht glauben wollen, daß unsere Anspüche den Standort gefährden und die „Kassen eben leer“ sind.

Die „Freiburger Kongreß Dokumente“ sind für 14 DM erhältlich bei jeder Buchhandlung (ISBN: 3-9805441-1-7) oder direkt bei:

**GNN, Badeweg 1,
034435 Schkeuditz.
Tel: 034204/65711, Fax: 65893**

**Einladung zur Herbstkonferenz des
Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften**
Themenschwerpunkt „Euro“

Samstag, 11. Oktober, Jugendgästehaus, Köln

12.00 Uhr *Mittagessen* (nur nach vorheriger Anmeldung)

12.30 Uhr: *Konferenzbeginn, Eröffnung*

13.00 Uhr: *Arbeitsgruppen:*

a: *Ostpolitik*

b: *Philosophie*

c: *Monopol und Hierarchie*

15.15 Uhr bis 18 Uhr:

WAS TUN GEGEN DEN EURO?

Es referieren:

- „*Die Rechte und der Euro*“ (Mitglieder des Arbeitsausschusses)
- „*Die PDS und der Euro*“ (Sylvia-

Yvonne Kaufmann, stellvertretende Parteivorsitzende der PDS)

Diskussion

18 bis 19 Uhr: *Pause, dann: Plenum:*

- *Berichte aus den Arbeitsgruppen*
- *Kurdistan und die deutsche Außenpolitik: Für eine Petition gegen das PKK-Verbot im Bundestagswahlkampf*
- *Finanzen*

Präsidium des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

AK Politische Berichte und Netzwerk Linke Kommunalpolitik laden ein zur gemeinsamen Arbeitstagung am Sonntag, 12. Oktober, im Jugendgästehaus, Köln, von 8.30 Uhr bis 14 Uhr

Thema: Selbstbestimmte Medien im Internet – Geht das? Wie geht das? Lohnt sich das?

Näheres in der nächsten Ausgabe der PB

21. Sept.: *Bürgerschaftswahlen in HH.*

Staat und Visionen. Potsdam, Gesamtschule 21/31, Kopernikusstr. 30 / Ecke Stephensonstr. Anmeldung bei: PDS / AG Bildungspolitik, PF 100, 10122 Berlin, Ansprechpartner für inhaltliche und organisatorische Fragen: Gerd Buddin, PDS-Parteivorstand, Tel. (0 30) 24 00 95 62, Fax (0 30) 2 41 10 46

20./21. September: *Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.*

14./16. Nov.: *Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.*

26.–28. Sept.: *Internationale Che-Guevara-Konferenz* in der Humboldt-Universität in **Berlin**. *Infos über Cuba Si*, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

21./22. Nov.: *Beschäftigungsgipfel in Luxemburg*. Der hessische DGB hat den EGB aufgefordert, dazu eine europaweite Demonstration zu organisieren, die Bundeskordination Euromarsch unterstützt diese Initiative.

19. bis 25. Sept.: *Rundreise von Rechtsanwalt Leonard Weinglass, Verteidiger von Mumia Abu-Jamal, und Lydia Wallace, Mumiass Schwester und Sprecherin der Unterstützungsorganisationen: 19.9. Köln, 21.9. Bremen, 22.9. Berlin, 24.9. Nürnberg, 25.9. Heidelberg*

21.–22. Nov.: *CSU-Parteitag in München.*

27./28. Sept.: *Grüner Länderrat in Magdeburg*

22.–23. Nov.: *Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in München* (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). *Infos bei: BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg*

2. bis 5. Okt.: *Bundeskongress der Verkehrs-Bürgerinitiativen* in Freiburg / Breisgau – Arbeits- und Aktionstreffen mit über 20 Arbeitsgruppen. *Veranstalter: UMKEHR e.V.*, Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030/4927473, Fax. 4927972

5. und 6. Dez.: *Europaweite Aktionen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung*

Vom 5. bis 11. Okt. ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“.

2. bis 4. Dez.: *SPD-Parteitag in Hannover.*

11./12. Okt.: *Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln*, Jugendgästehaus.

13./14. Dezember: *Bundesweite Konferenz der Euromarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer*

12.–15. Okt.: *CDU-Bundesparteitag in Leipzig.*

3.–6.1.1998: *Linke Schule* in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder **Schneppenthal oder Tambach-Dietharz**.

14. Okt.: „*Mindestlohn – wie und für wen?*“ „*Öffentliches ExpertInnengespräch*“ der PDS-Bundestagsgruppe mit Vertretern von NGG, IG BAU und IG Medien in Bonn. *Infos bei Anne Alex, 0228/1681918.*

1. März 1998: *Landtagswahlen in Niedersachsen.*

24.–26. Okt.: *6. Bildungspolitische Konferenz der PDS: Jugend zwischen Bildung,*

26. April 1998: *Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt.*

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50518 Köln, Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart